



# BESCHLÜSSE

der ordentlichen Bundeskonferenz der  
Arbeitsgemeinschaft SPD Frauen

vom 15. bis 16. November 2025  
in Berlin

[frauen.spd.de](https://frauen.spd.de)

## Inhaltsverzeichnis

### L - Leitantrag

L01 FeminisMUSS - Demokratie und Feminismus gehören zusammen!	13
---------------------------------------------------------------	----

**Ar - Arbeit**

Ar01 Gleichen Lohn durchsetzen – EU-Lohntransparenz ambitioniert umsetzen	21
---------------------------------------------------------------------------	----

**Gb - Gewalt bekämpfen**

Gb01	Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen – Schutz stärken, Täter in die Verantwortung nehmen	22
Gb02	Frauen schützen – Gewaltschutz voranbringen!	24
Gb03	EU-Gewaltschutz konsequent umsetzen und Schutzlücken schließen	25
Gb04	Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen	27
Gb05	Femiziden entgegentreten!	29
Gb06	_Digitale Gewalt gegen Frauen beenden - unsere Nudes sind nicht euer Business!	30
Gb07	Antrag auf Sicherheit im digitalen Raum – Schutz für Frauen in Politik und Gesellschaft stärken	31
Gb08	Einführung von „Nur Ja heißt Ja“ beim Sexualstrafrecht	32
Gb09	Gewaltschutz für alle, die Schutz und Unterstützung benötigen	33
Gb10	Fortbestehen des Fonds Sexueller Missbrauch der Bundesregierung	34
Gb11	Leid anerkennen, Aufklärung vorantreiben - Das Schicksal der Verschickungskinder muss endlich transparent gemacht werden.	35
Gb12	Sexistische Äußerungen von Politiker:innen dürfen nicht folgenlos bleiben – klare Sanktionen auch außerhalb parlamentarischer Räume	36

## **G - Gesundheit**

G01	Erhalt und Ausbau der flächendeckenden Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland	37
G02	Reproduktive Gesundheit zukunftsfähig machen - Forschung zu Verhütung für Männer gezielt fördern	39
G03	Sichere Verhütung ermöglichen	40
G05	Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik: Frauengesundheit systematisch stärken	41
G06	Gendermedizin verbindlich im Gesundheitssystem verankern	42
G07	Schutz sensibler Gesundheitsdaten in der elektronischen Patientenakte gewährleisten	43
G08	Knochendichte-Messung muss Vorsorge-Untersuchung werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird	45
G09	Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung von Frauen in der Menopause	46
G10	Früherkennung als entscheidender Schlüssel beim Kampf gegen Krebs	47
G11	Stärkung der Adipositasbehandlung durch verpflichtende Kostenübernahme der Krankenkassen von Ernährungstherapie vor und nach bariatrischen Operationen	48
G13	Anerkennung von familiennaher Geburtshilfe als staatliche Pflicht	49
G14	Gesundheit ist ein Menschenrecht – für eine solidarische und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung	50

**Int - Internationales**

Int01	Frauen, Flucht und Migration	51
Int02	Unsere Vision: ein geeintes Europa	52
Int03	Schutz für gefährdete Afghaninnen und Afghanen garantieren – gemachte Aufnahmezusagen umsetzen!	53
Int04	Bundesweiter Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden in den Irak sowie ein landesweiter temporärer Abschiebestopp für RLP	54

## **IR - Innen und Recht**

IR01	Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen	55
IR02	Kampf gegen Rechtsextremismus = Kampf gegen Antifeminismus	56
IR03	Nein zur Wehrpflicht für Frauen	57
IR05	Entkriminalisierung des §218 auch in der Großen Koalition durchsetzen	58
IR07	Nur "Ja" heißt "Ja": Sexualstrafrecht reformieren, Artikel 36 der Istanbul-Konvention in deutsches Recht umsetzen jetzt!	60
IR09	Aufnahme von sexueller Belästigung im öffentlichen Raum als Straftatbestand	61
IR10	Abschaffung der Verjährungsfrist bei Vergewaltigung (§ 177 StGB) und sexuellem Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB)	62
IR12	Effektive gesetzliche Reglementierung von KI-generierten Deepfakes und konsequente Bekämpfung sexualisierter digitaler Gewalt gegen Frauen	63
IR15	Aufenthaltsrechtlicher Schutz für gewaltbetroffene Migrantinnen	64
IR17	Individuelles Asylrecht erhalten	65
IR18	Bezahlkarte" ist ein Irrweg!	66
IR19	Steuergerechtigkeit nicht nur beschließen, sondern umsetzen!	67
IR20	Altruistische Eizellenspende ermöglichen	68
IR21	Aus Geschichte lernen heißt, Herrn Dobrindt auf die Finger klopfen: Kein Register für Nutzende des Selbstbestimmungsgesetzes!	69
Ini	Sicherung der Geburtshilfe – Überarbeitung des neuen Hebammenhilfevertrags	70

**Org - Organisatorisches**

Org01	Bundeseinheitliche Reisekostenrichtlinie	71
Org02	Quotierte Redeliste	72
Org04	Monitoring der Antragsumsetzung	73
Org06	Geschlechterparität bei allen politischen Veranstaltungen	74

## **Gl - Gleichstellung**

Gl01	Mehr Demokratie wagen heißt mehr Feminismus wagen – Feministische Strukturen in der SPD etablieren!	75
Gl03	Vielfalt ist Stärke	78
Gl04	Diversitätsziele verteidigen und konkrete Umsetzung weiterentwickeln!	79
Gl05	Elternschaft gerecht gestalten – gleiche Rechte von Anfang an!	80
Gl06	Elterngeld als Gleichstellungsmotor endlich neu starten	81
Gl07	Antrag auf Einführung von Gender Budgeting im Sport durch ein Bundesgesetz	83
Gl08	Reduktion der geschlechtsspezifischen Lohnlücke in Unternehmen – Einführung einer deutschlandweiten Equal Pay Charta	84
Gl09	Gender Data Gap – Der weiße Fleck im Datenbestand ist weiblich	86
Gl10	Positionspapier der SPD Frauen NRW für die Bundeskonferenz 2025	87

**S - Soziales**

S01	Ob digital oder analog – Teilhabe ist für uns ein Grundrecht!	89
S04	Alleinerziehende stärken – Armut bekämpfen, Teilhabe sichern!	90
S05	„Frauenarmut in Deutschland“	92
S06	Erhöhung des Kinderkrankengeldes auf 100% des Nettoeinkommens	93
S07	Unterhaltsschulden sind Ehrensulden!	94
S08	Familien Ticket für alle Familien	95
S09	Blickwinkel Prostitution ./ . Blickwinkel Sexarbeit.	96
S11	Feministische Ökonomie	97
S14	Keine Legalisierung von Leihmutterschaft in Deutschland	98
S15	Respekt statt Rolle rückwärts - Keine Verzögerungen bei der Mütterrente III!	99
S16	Ageismus und Adultismus ist von gestern!	100

**T - Themenübergreifendes**

T01	Für eine geschlechtergerechte Klimapolitik	101
T02	Frauen im ländlichen Raum stärken — Lebensqualität und Teilhabe sichern	103
T03	Kampf gegen die Inhalte der Manosphäre	104
T04	Für eine geschlechtergerechte Künstliche Intelligenz: Entwicklung einer feministische KI-Strategie auf der Grundlage des „EU Artificial Intelligence Act“ (EU AI Act)	105
T05	Ziffernfolge „444“ und andere rechtsextreme Symbole als Kraftfahrzeugkennzeichen verbieten!	106
T06	Mehr Damentoiletten in öffentlichen Gebäuden	107

**W - Wohnen**

W01	Drei Jahre Ampel Stillstand – jetzt den Mieterschutz stärken!	108
W02	Wohnungen für Obdachlose statt Notlösungen	110
W03	Sozialdemokratinnen für bezahlbares Wohnen	111

**V - Verkehr**

V01 Halter\*innenhaftung endlich auf Parkverstöße ausweiten – Rücksichtsloses  
Falschparken stoppen! 113

# Antrag L01: FeminisMUSS - Demokratie und Feminismus gehören zusammen!

Laufende Nummer: 55

Antragsteller*in:	Bundесvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L - Leitantrag

- 1 Antifeminismus ist eine Ideologie und eine Strategie, die darauf abzielt,  
2 feministische Anliegen, Positionen und Errungenschaften gezielt und organisiert zu  
3 bekämpfen und pauschal zurückzuweisen. Ihre Akteure sind vielfältig und in allen  
4 gesellschaftlichen Schichten, on- und offline zu finden. Die „Manosphere“ reicht von  
5 Incels und sogenannten „Red Pillers“ über Pick Up Artists und den selbsternannten  
6 „Men going their own way“ bis hin zu sich als Männer- und Väterrechtler bezeichnenden  
7 Personen und Ultrakonservativen sowie religiöse Fundamentalisten. Ihnen gelingt es  
8 auszunutzen, dass Antifeminismus im Vergleich zu anderen Formen gruppenbezogener  
9 Menschenfeindlichkeit wie Rassismus oder Antisemitismus oft nicht als  
10 menschenfeindlich gewertet wird. Menschenfeindlichkeit ist die Brücke zu rechten  
11 Ideologien, zu der Antifeminismus oft einen starken Bezug hat.
- 12 **Antifeminismus gefährdet unsere Demokratie**
- 13 Antifeminismus ist kein politischer Nebenschauplatz, sondern brandgefährlich für  
14 unsere Demokratie. Die Infragestellung von Gleichberechtigung und Frauenrechten  
15 verlangt nach politischen Antworten, die den Mainstream erreichen, das  
16 Unrechtsbewusstsein schärfen und durch lebensweltorientierte Maßnahmen und Projekte  
17 eine Gegenbewegung initiieren.
- 18 Zunehmender Antifeminismus bedroht unsere Demokratie und stellt hart erkämpfte  
19 Frauenrechte in Frage. Feminist\*innen kämpfen dafür, den gegenwärtigen Status quo  
20 wenigstens zu erhalten und stemmen sich mit aller Kraft dem Backlash entgegen. Die  
21 Auswirkungen einer antifeministischen Agenda bedrohen die Arbeitsgrundlage von NGOs  
22 gleichermaßen wie die von Frauenfacheinrichtungen, Beratungsstellen und  
23 Institutionen. Gezielten antifeministischen Angriffen sind insbesondere  
24 Gleichstellungsbeauftragte und Mitarbeitende von Beratungsstellen  
25 (hauptamtlich/beruflich), zivilgesellschaftliche Initiativen, (feministische)  
26 Aktivist\*innen (Ehrenamt), Fachpersonen aus den Bereichen Gleichstellung,  
27 Antidiskriminierung und Geschlechterforschung (Wissenschaft) und LGBTIQ\*  
28 Organisationen ausgesetzt. Antifeminismus hat längst alle Gesellschaftsschichten  
29 erreicht und macht sich im Mainstream breit. Die Gleichstellung der Geschlechter ist  
30 damit ebenso bedroht wie der gesellschaftliche Zusammenhalt.
- 31 **Antifeminismus ist politische Einflussnahme und dabei gut finanziert.**
- 32 Antifeministische Netzwerke und Strömungen werden international gefördert, mit dem  
33 Ziel europäische Demokratien und Gesellschaften zu destabilisieren. Aus den USA ist  
34 ersichtlich, wie schnell Antifeminismus eine Gesellschaft verändern kann, wenn er  
35 nicht durch Strukturen, Gesetze und Bündnisse gebremst wird.
- 36 • Wir brauchen darum auch europäische Initiativen und Kooperationen, um diese  
37 Tendenzen zu bekämpfen – über Parteigrenzen hinweg und unter Einbeziehung von

38 zivilgesellschaftlichen Kräften.

39 **Antifeminismus und rechtsextreme Ideologien gehen Hand in Hand**

40 Antifeminismus ist durch gemeinsame Feindbilder und ideologische Gemeinsamkeiten eng  
41 mit Rechtsextremismus verbunden. Er schafft ein Einstiegstor in rechte Weltbilder und  
42 baut Brücken zwischen extrem konservativen Haltungen und rechten Ideologien.

43 Antifeminismus und Rechtsextremismus teilen ein biologistisches und  
44 wissenschaftsfeindliches Weltbild mit klaren Vorstellungen von limitierenden  
45 Geschlechterrollen wie der Überlegenheit und Stärke des Mannes auf der einen Seite  
46 und der Frau als für den Mann verfügbare Hausfrau und Mutter auf der anderen. Alles  
47 Abweichende, die weibliche Selbstbestimmung und queeres Leben werden als Bedrohung  
48 für Männlichkeit gelesen. Das internationale Playbook zeigt: zuerst werden  
49 trans\*Frauen angegriffen und delegitimiert. Im nächsten Schritt werden die Rechte von  
50 Cis-Frauen in Frage gestellt. Rechte Narrative und gezielte Desinformationskampagnen  
51 beabsichtigen, die Gesellschaft zu spalten und die Demokratie zu unterwandern.  
52 Deshalb ist es eine politische Entscheidung, dass alle Frauen solidarisch  
53 zusammenstehen, damit antifeministische Strategien nicht erfolgreich sind. Analysen  
54 beispielsweise zum Wahlverhalten (Studie von Ansgar Hudde, Geschlechtsunterschiede im  
55 Wahlverhalten bei Bundestagswahlen der letzten sieben Jahrzehnte, 2023) zeigen, dass  
56 diese Tendenzen bereits bei jungen Männern sichtbar werden, die beispielsweise  
57 Feminismus und „Wokeismus“ dafür verantwortlich machen, dass gleichaltrige Frauen  
58 alten Rollenklischees nicht mehr entsprechen wollen.

59 Diese Verbindungen zwischen antifeministischen und rechtsextremen Weltbildern sind  
60 belegbar. Sie finden sich immer wieder bei Attentätern wie z.B. in Halle oder  
61 Christchurch und gehen auch aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine  
62 Anfrage (Bewertung und Gefahrenpotential der sogenannten Incel-Szene Drs. 20/624,  
63 8.2.2022) hervor.

- 64 • Bei rechtsterroristischen Anschlägen und Anschlagplänen muss darum von  
65 Strafverfolgungsbehörden und Verfassungsschutz immer auch Antifeminismus als Motiv  
66 mit geprüft werden.
- 67 • Ausstiegsprogramme aus der „Manosphere“ müssen entwickelt, flächendeckend etabliert  
68 mit personellen Ressourcen ausgestattet und staatlich gefördert werden.

69 **Das Internet: Noch immer ein Paradies für Antifeminismus**

70 Für Radikalisierungen spielt das Internet mit seinen unterschiedlichsten Formaten und  
71 kaum zu regulierenden Räumen als radikale und radikalisierte Echokammern eine  
72 zentrale Rolle. Hier tobt die „Manosphere“ sich fast unkontrolliert aus. In den USA  
73 bedienen Politiker wie Donald Trump und sein Umfeld offen frauenverachtende und  
74 rassistische Ressentiments. Mit den Deregulierungsentscheidungen mächtiger Männer im  
75 Weißen Haus bekommt Antifeminismus auf Internet-Plattformen wie X starken Rückenwind.  
76 Recherchen von STRG\_F deckten 2024, kurz nach dem Bekanntwerden des Falls von Gisèle  
77 Pelicot, dutzende Chatgruppen mit teilweise bis zu 10.000 Mitgliedern auf, in denen  
78 Männer einander beraten, wie sie Frauen unbemerkt betäuben und vergewaltigen oder zur  
79 Vergewaltigung anbieten können. Auch der Bericht der Meldestelle Antifeminismus von  
80 2024 deckt Meldungen über digitale Netzwerke auf, in denen explizit Tipps zur  
81 Ausübung sexualisierter Gewalt an Frauen ausgetauscht und entsprechendes Bild- und  
82 Videomaterial veröffentlicht wurden. In Deutschland haben sich nach Angaben des

Bundeskriminalamts die Meldungen über Frauenhass und Gewalt in der digitalen Sphäre in fünf Jahren mehr als verdoppelt.

Das Internet ist heute ein Schlüssel für Teilhabe und hat eine elementare Rolle für den öffentlichen Diskurs und die gesellschaftliche Partizipation.

- Darum muss der Gesetzgeber zur Wahrung von Grundrechten und Demokratie tätig werden. Insbesondere muss er Tech-Unternehmen in die Pflicht nehmen, Verantwortung für Inhalte und Verbreitungsmechanismen zu übernehmen.

- Wir brauchen ein Digitales Gewaltschutzgesetz, das in einem richterlichen Verfahren die Löschung und/oder (zeitweilige) Sperrung von Accounts ohne Klarnamenpflicht erlaubt.

- Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang die Verbandsklage, die es ermöglicht, dass die Rechte Betroffener nicht individuell durchgesetzt werden müssen.

- Ein gerichtliches Verfahren, das anonym und opferschützend die zeitweilige oder auch dauerhafte gerichtliche Sperrung von Accounts, die rechtswidrige Äußerungen senden, binnen weniger Stunden mit Hilfe von einstweiligen Verfügungsverfahren vor fachlich spezialisierten Gerichten ermöglicht, könnte eine effektive Rechtsdurchsetzung darstellen.

#### **Antifeminismus erkennen**

Zum sozialdemokratischen Wertekanon gehört seit mehr als 100 Jahren eine emanzipatorische Perspektive, die feministische Bewegungen von Beginn an aktiv unterstützt und strukturelle Rahmenbedingungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit schafft. Daran anknüpfend fordern wir SPD FRAUEN mehr denn je, antifeministische Tendenzen nicht zu bagatellisieren, sondern als große Gefahr für unsere Demokratie zu erkennen. Das gilt für Politik und Behörden ebenso wie für Medien, Bildungseinrichtungen und all diejenigen, die öffentlich agieren und ihre Reichweite nutzen können, um antifeministische Narrative zu enttarnen und benennen. Antifeminismus ist eine Ideologie, zu deren Mechanismen Bedrohungen, Gefährdungen und Straftaten gegen Frauen gehören.

- Antifeminismus ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und muss bei thematischen Ausschreibungen oder bei der Verankerung von Forschungsaspekten in allgemeinen Forschungsausschreibungen zu Demokratiethematen als Gegenstand verankert werden.

- Einstellungsstudien, wie beispielsweise die Leipziger Autoritarismus-Studie, analysieren auch die Entwicklung antifeministischer, sexistischer und transfeindlicher Einstellungen. Diese Erkenntnisse müssen zusammengeführt werden und in ressortübergreifende Handlungsstrategien münden, die unser demokratisches Gemeinwohl schützen und stärken.

- Alle sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts sind aufgefordert, Antifeminismus in ihren Ressorts aufzudecken und wirkmächtige Gegenstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Beispielgebend dafür ist das „Bündnis gegen Sexismus“.

#### **Prävention und Beratungsstrukturen gegen Antifeminismus**

Ziel und Effekt von Antifeminismus ist auch, Förderstrukturen, Beratungs- und Vernetzungsstrukturen auszuhöhlen, um Institutionen und Einrichtungen zu schwächen.

- Wir erwarten von allen Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion, dass sie die bestehenden Strukturen aktiv bewahren und dafür Sorge tragen, dass Demokratietarbeit

finanziell abgesichert ist und in ihrer Nachhaltigkeit gestärkt wird.

- Auch die Arbeit der bundesweiten Meldestelle Antifeminismus muss in Zukunft zuverlässig abgesichert sein. Für eine wehrhafte Demokratie, die Antifeminismus trotz ist es essenziell, von Anfang in präventive Maßnahmen und Angebote zu investieren, die Kinder, Jugendliche und junge Menschen in ihrer Resilienz stärken. Dazu zählt feministische Jungenarbeit, die „toxischer Männlichkeit“ entgegenwirkt und archaischen Rollenstereotypen durchbricht. Auch die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen braucht weiterhin Angebote parteilicher feministischer Mädchenarbeit, die Macht- und Herrschaftsstrukturen in Frage stellt.

- Geschlechtsspezifische Angebote und Unterstützungsstrukturen müssen ergänzt werden feministische (koedukative) Jugendarbeit, die Safe Spaces für jene Jugendlichen schafft, die sich selbst nicht im binären Spektrum verorten oder Questioning sind.

Feministische Jugendarbeit ist kein Ersatz, schafft aber nötige Brücken zu Mädchen- und Jungenarbeit und erweitert das Spektrum von Erfahrungen und Begegnungen. Geschlechterbewusste Pädagogik basiert auf einer Haltung, die auf wechselseitiger Anerkennung vielfältiger Lebensweisen basiert und dabei Chancengerechtigkeit und Inklusion betont. Eine intersektionale Perspektive in der pädagogischen Arbeit fördert das demokratische Miteinander. Intersektionale feministische Mädchen- und Jungenarbeit ist Demokratiebildung von Anfang an.

#### **Ein funktionierender Staat als Bollwerk gegen Antifeminismus**

Das Infragestellen des Sozialstaats folgt einem antifeministischen Narrativ. Insbesondere Frauen sind auf monetäre Unterstützungsstrukturen angewiesen und profitieren von den Leistungen des Sozialstaats. Würden beispielsweise Bürgergeld, Elterngeld, Kindergeld, Grundrentenzuschlag oder Wohngeld reduziert, träfe dies in aller Härte die Alleinerziehenden und überproportional Frauen, die bedürftig sind und über die Inanspruchnahme von Transferleistungen ihren Lebensunterhalt sichern müssen.

Das ist eine gesellschaftliche Schieflage, die die Lebenslagen von Frauen verschärft während in Bereichen der Wirtschaftsförderungen Investitionen getätigt werden, die überwiegend Strukturen zugutekommen, in denen Männer unmittelbar profitieren.

- Wir erwarten von der Bundestagsfraktion wie auch der Spitze des Arbeits- und Sozialministeriums, dass der Staat die tatsächliche Gleichstellung aktiv fördert, statt Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis zu verschärfen. Wenn schon gespart werden muss, dann nicht auf Kosten der Frauen.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung ihre Investitionsoffensive fortsetzt. Der Finanzplan soll das Wachstumspotenzial der Wirtschaft stärken und den Wohlstand aller erhöhen. Die dem zugrunde liegenden Investitionen, Strukturreformen und Konsolidierungen müssen daher einem Gleichstellungsscheck standhalten. dass unsere Bundesregierung offenlegt, wie sich diese Maßnahmen in dem Zeitraum bis 2029 auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken, wie positive Auswirkungen verstärkt werden können und negative Folgen vermieden werden.

#### **Die Rolle von Politik und Öffentlichem Dienst**

In öffentlichem Dienst und der Politik sind im Rahmen einer ressortübergreifenden und nachhaltigen Gleichstellungspolitik Frauen und andere marginalisierte Gruppen in der Verwaltung zu fördern. Ihnen ist eine gerechte Teilhabe am sozialen, politischen und

171 wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

172 • Wir brauchen außerdem ein Bundesförderprogramm, dass Verwaltungen ermöglicht, ihre  
173 Mitarbeitenden zu schulen, um antifeministischen und demokratiefeindlichen Tendenzen  
174 in Behörden angemessen begegnen zu können und Demokratiefeinde zu entlarven.

175 • Wir fordern einen ressortübergreifenden Plan der Bundesregierung, um die  
176 Geschlechterungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung zielgerichtet und  
177 spezifisch zu fördern. Den Ungleichheiten und Benachteiligungen in allen  
178 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen muss mit einer  
179 ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie entgegengewirkt werden.

180 • Zu solchen Maßnahmen gehört auch die Abschaffung des  
181 Gleichstellungsverhinderungsinstruments „Ehegattensplitting“.

182 Unser Ziel ist, die Förderung der Gleichberechtigung aller Geschlechter und die  
183 Beseitigung von Diskriminierung auch im Recht. Geschlechtsstereotypen beeinflussen  
184 die Rechtsprechung.

185 • Gesetze und Rechtsnormen müssen angepasst werden, um Frauenrechte zu stärken und  
186 bestehende Nachteile zu beseitigen, diskriminierende Gesetze analysiert und verändert  
187 werden.

188 Traditionellen Rechtsvorstellungen im Bereich der Justiz muss entgegengewirkt werden.  
189 Auch der Einsatz für geschlechtergerechte Sprache und der Förderung der tatsächlichen  
190 Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Institutionen spielen hier eine  
191 wichtige Rolle.

192 **Gewalt gegen Frauen ist Instrument von Antifeminismus**

193 Die Gewalt gegen Frauen nimmt in einem erschreckenden Maß zu, obgleich es bei der  
194 Umsetzung der Istanbul-Konvention und mit dem Gewalthilfegesetz formal rechtliche  
195 Fortschritte zu verzeichnen sind. Statt Frauen ein Leben frei von Gewalt zu  
196 garantieren, nimmt die Verrohung im Internet aber auch im öffentlichen Raum zu. Die  
197 vielen Femizide sprechen für sich. Die Rechtsprechung selbst vermag Frauen nicht  
198 ausreichend zu schützen. Die Beweisführung ist mühsam, Verfahren dauern zu lange und  
199 belasten die Opfer von Gewalt ebenso nachhaltig wie die erlittenen Taten. Das  
200 Gewaltschutzgesetz wird gebraucht.

201 • Außerdem fordern wir die Einführung einer eigenen Strafkammer für  
202 geschlechtsspezifische gegen Frauen gerichtete Gewalttaten, mit einer  
203 Staatsanwaltschaft die speziell sensibilisiert und geschult ist.

204 Der Feminismus fordert von Innen- und Justizministerium, Strukturen und Gesetze  
205 kritisch zu hinterfragen und zu reformieren, um die Gleichberechtigung aller  
206 Geschlechter zu gewährleisten und Diskriminierung abzubauen.

207 • Wir fordern das Bundesjustizministerium auf eine Kampagne zur wirksamen  
208 gesellschaftlichen Ächtung von Gewalt gegen Frauen zu starten. Gewalt gegen Frauen,  
209 die verharmlost wird und stillschweigend geduldet, entwickelt sich zu einer passiven  
210 Zustimmung. Dem muss entgegengewirkt werden.

211 Wir müssen deutlich machen: Die Verletzung der Würde von Frauen bedarf auch  
212 informeller Sanktionen im gesellschaftlichen Zusammenleben, im privaten wie auch im  
213 öffentlichen Raum.

214 **Genderfragen und Queerness unter Druck**

215 Der Druck, dem LSBTIAQ\* ausgesetzt sind, ist mehr als Queerfeindlichkeit und  
216 Hasskriminalität zusammen. Es ist eine antifeministische Strategie, einzelne Personen  
217 anzugreifen stellvertretend für eine marginalisierte Gruppen. In besonderem Maße sind  
218 trans\* Personen, und hier vor allem Frauen betroffen. Wir SPD FRAUEN erklären uns  
219 solidarisch mit jeder Frau. Wird die geschlechtsbezogene Diversität zur  
220 Angriffsfläche der Antifeministen, sind es häufig Frauen, die im Fokus stehen und  
221 Frauenhass ein Leitmotiv.

222 • Deshalb brauchen wir ein umfassendes Bund-Länder-Programm gegen LSBTIAQ\*-feindliche  
223 Gewalt inklusive umfänglicher Präventionsmaßnahmen.

224 • Wenn Hasskriminalität auf Frauenfeindlichkeit basiert, auf Queerness oder auf  
225 Zuschreibungen von Queerness, muss für die Täterschaft auch ein höheres Strafmaß  
226 folgen. Antifeminismus prägt die Debatten um geschlechtergerechte Sprache. So  
227 genannte „Gendersprache“ wird von den Rechten in Stellung gegen respektvolle  
228 geschlechtergerechte, faire, inklusive und vielfältige Sprache gebracht. Die drohende  
229 Abkehr von geschlechtersensibler Ansprache ist ein Erfolg von Narrativen der AfD und  
230 anderer ultrakonservativer Gruppen. Mehrgeschlechtliche Schreibweisen sind Ausdruck  
231 von Anerkennung und Respekt.

232 • Wir fordern, dass die vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Geschlechtlichkeit  
233 jenseits von weiblich und männlich beispielgebend in der Amts- und Rechtssprache in  
234 den SPD geführten Bundesministerien Ausdruck findet, ebenso in der politischen  
235 Ansprache innerhalb der Reden und Schriften, Regularien und Geschäftsordnungen, im  
236 Willy-Brandt-Haus und in der Arbeit des Parteivorstandes.

237 **Resilienz als Partei aufbauen**

238 Antifeministische Angriffe sind nicht das „Privatproblem“ einzelner Politiker\*innen.  
239 Sie zielen meist auch auf die Strukturen ab, in denen sich Betroffene befinden. Auch  
240 unsere SPD sollte Vorkehrungen treffen, denn gegen Antifeminismus können sich  
241 Organisationen und Parteien wappnen. Es gibt viele Möglichkeiten, auf  
242 Organisationsebene proaktiv tätig zu werden und auch unsere SPD resilienter gegen  
243 Angriffe von innen und außen zu machen. Dazu zählen Kompetenzaufbau und Sensibilität  
244 genauso wie Schutz- und Sicherheitskonzepte, Leitfäden und Checklisten. Die  
245 Landesgeschäftsstellen sollten entsprechend Unterstützung erhalten und informiert  
246 sein, wo sie Anlaufstellen für Beratung und Unterstützung finden. Bundes- und  
247 Landesgeschäftsstelle werden so zum Bollwerk gegen antifeministische Unterwanderung  
248 und Attacken, geben unseren Mitgliedern Halt und Orientierung.

249 **Vereinbarkeit und eine geschlechtergerechte Arbeitswelt**

250 Viele Frauen fühlen sich mit der immerwährenden Doppelbelastung aus Beruf und  
251 Kinderbetreuung, Sorge- und Familienarbeit alleingelassen. Die ungleiche Verteilung  
252 von arbeitsfreier Zeit benachteiligt vor allem Frauen in ihren Möglichkeiten zur  
253 demokratischen Teilhabe und gesellschaftlichen Engagement. Das festigt patriarchale  
254 Strukturen und verstärkt antifeministische Muster, anstatt auf eine tatsächliche  
255 Gleichstellung der Geschlechter hinzuwirken. Die Debatten um Erwerbsarbeitszeiten im  
256 Spannungsfeld unbezahlter Sorgearbeit brauchen eine konstruktive Perspektive, die  
257 geschlechter- und sorgerechtere Zeitpolitik in Aussicht stellt.

258 • Das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz gehören zusammengeführt.

259 • Regelungen wie die Brückenteilzeit sollten ausgeweitet werden und besser  
260 individuelle Arbeitszeitwünsche berücksichtigen. Tarifautonomie ist  
261 Gewerkschaftssache. Immer weniger Betriebe sind an Tarifverträge gebunden.

262 • Das Bundestariftreuegesetz ist daher ein richtiger Schritt. Die Bemessungsgrenze  
263 für öffentliche Aufträge müssen 50.000 Euro auf 10.000 Euro gesenkt werden. Bereiche  
264 in denen überwiegend Frauen arbeiten, können davon profitieren.

265 Nur über Tarifverträge kann es mit einer starken Gewerkschaft eine angemessene  
266 Arbeitszeit, die den unterschiedlichen Zeitbedarfen in den wechselnden Lebensphasen  
267 Rechnung trägt, geben.

268 Die institutionelle Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen kann neue zeitliche  
269 Gestaltungsspielräume eröffnen, auch für politisches Engagement von Frauen. Eine  
270 zukunftsfähige Zeitpolitik ermöglicht ein geschlechter- und sorgerechtes  
271 Zusammenspiel von Erwerbsarbeit und Privatleben.

272 • Deshalb fordern wir die Entwicklung eines zeitpolitischen Konzeptes, das Erwerbs-  
273 und Sorgearbeit verbindet.

274 Es muss möglich werden, Erwerbsarbeit mit familiären, persönlichen,  
275 zivilgesellschaftlichen und politischen Aufgaben zu verbinden. Gelebte  
276 Gleichberechtigung bedarf eines strukturellen Nachteilsausgleichs. Dafür muss sich  
277 sozialdemokratische Politik weiterhin stark machen.

#### 278 **Krieg als Ausdruck von Antifeminismus**

279 Krieg ist Ausdruck von Antifeminismus. Die derzeit wütenden großen militärischen  
280 Konflikte zeigen deutlich die Strukturen patriarchalen Denkens, und sind Ausdruck von  
281 Geschlechterungleichheit. Frauen sind in Kriegen verstärkt Opfer sexualisierter  
282 Gewalt.

283 Andererseits sind Gesellschaften mit größerer Geschlechtergleichheit friedlicher.  
284 Frauen spielen in der Friedensarbeit eine wichtige Rolle. Um einen nachhaltigen und  
285 gerechten Frieden zu erreichen ist Voraussetzung die Überwindung von  
286 Geschlechterungleichheit. Die feministische Friedensforschung setzt sich dafür ein,  
287 die spezifischen Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen in Konflikt- und  
288 Friedenssituationen zu berücksichtigen und Frauen in Entscheidungsprozesse  
289 einzubinden.

290 • Eine wichtige feministische Forderung ist die Beteiligung von Frauen in allen  
291 Phasen von Friedensprozessen, von der Konfliktlösung bis zum Wiederaufbau.

#### 292 **Der Kampf gegen Antifeminismus**

293 Wir SPD FRAUEN fordern den Bundesparteitag, die Bundestagsfraktion und den  
294 Parteivorstand auf, einen Aktionsplan gegen Antifeminismus zu entwickeln. Wir müssen  
295 alles tun, dass die Gefahren antifeministischer Unterwanderung auch als eine Gefahr  
296 für unsere Demokratie ernst zu nehmen und den giftigen Narrativen entgegenzutreten.  
297 Betroffene müssen besser geschützt werden, die Aufklärung gefördert und  
298 Errungenschaften abgesichert werden. In dem Aktionsplan werden die Maßnahmen für alle  
299 zentralen Bereiche der Zivilgesellschaft, Bildung, Politik, Forschung, Justiz und  
300 Polizei gebündelt. „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche  
301 überwinden.“ Dieses Zitat aus dem Hamburger Grundsatzprogramm der SPD gilt immer

302 noch.

# Antrag Ar01: Gleichen Lohn durchsetzen – EU-Lohntransparenz ambitioniert umsetzen

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Thüringen
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ar - Arbeit

1 Die SPD FRAUEN bekräftigen ihre bisherigen Beschlüsse zur Entgeltgleichheit und  
2 fordern die SPD, die sozialdemokratischen Minister\*innen in der Bundesregierung sowie  
3 die SPD-Bundestagsfraktion auf, die EU-Lohntransparenzrichtlinie bis Juni 2026 nicht  
4 nur fristgerecht, sondern ambitioniert umzusetzen. Ziel ist es, den Gender Pay Gap  
5 endlich wirksam und dauerhaft zu schließen.

6 Konkret fordern wir:

7 **1. Umfassende Reform des Entgelttransparenzgesetzes**

- 8 • Verbindliche Berichtspflichten für Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.  
9 • Einführung einer Beweislastumkehr: Arbeitgeber müssen nachweisen, dass ungleiche  
10 Bezahlung sachlich gerechtfertigt ist.  
11 • Sanktionen bei Verstößen festschreiben, die wirksam, verhältnismäßig und  
12 abschreckend sind.

13 **2. Öffentlichen Dienst als Vorreiter aufstellen**

- 14 • Bund, Länder und Kommunen sollen jährlich Equal-Pay-Reports veröffentlichen.  
15 • Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen Unternehmen nachweisen müssen, dass sie  
16 Entgeltgleichheit gewährleisten.

17 **3. Kontrolle und Durchsetzung stärken**

- 18 • Eine zentrale Bundesstelle für Entgeltgleichheit einrichten, die die Umsetzung  
19 überwacht, Berichte prüft und Beschwerden nachgeht.  
20 • Betriebsräte und Gewerkschaften müssen umfassende Rechte zur Kontrolle und  
21 Durchsetzung von Equal Pay erhalten.

22 **4. Sensibilisierung und Kulturwandel fördern**

- 23 • Aufklärungs- und Informationskampagnen zur Lohntransparenz starten.

# Antrag Gb01: Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen – Schutz stärken, Täter in die Verantwortung nehmen

Laufende Nummer: 20

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD Frauen fordern Bundestagsfraktion, die SPD-geführten Ministerien und die SPD-  
2 geführten Länder auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:
- 3 1. Wohnungen: Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssen einen verbindlichen  
4 Prozentsatz ihrer geförderten Wohnungen für von Gewalt betroffene Frauen  
5 reservieren, damit Flucht und Neuanfang nicht am Wohnungsmangel scheitern.
- 6 2. Täter in die Verantwortung nehmen:  
7 Täterprogramme müssen niedrigschwellig, mehrsprachig und flächendeckend  
8 angeboten werden – Familiengerichte sollen sie in allen Gewaltfällen  
9 verpflichtend anordnen können. Laufende Gesetzesvorhaben hierzu müssen zügig  
10 verabschiedet und mit ausreichenden Mitteln hinterlegt werden. Es muss darauf  
11 hingewirkt werden, dass Hochschulen „Täterarbeit häusliche Gewalt“ verbindlich  
12 in ihre Curricula integrieren, um genügend qualifizierte Fachkräfte  
13 auszubilden.
- 14 3. Gefährdungsmanagement: In Hochrisikofällen ist eine elektronische Fußfessel  
15 nach spanischem Vorbild einzusetzen, um den Schutzzadius der Frau digital zu  
16 überwachen.  
17 Bundesweit einheitliche Risikoeinschätzungen und Fallkonferenzen müssen  
18 Frauenhäuser und Beratungsstellen gleichberechtigt einbeziehen, ihre  
19 Einschätzungen sind Grundlage weiterer Maßnahmen. Jugendämter müssen zentrale,  
20 anonyme Fachstellen mit spezialisierten Teams und ausreichender Finanzierung  
21 erhalten. Familiengerichte werden durch regelmäßige Fortbildung für Fälle  
22 häuslicher Gewalt sensibilisiert. Häusliche Gewalt ist bei allen Entscheidungen  
23 in familienrechtlichen Verfahren zu berücksichtigen und die Umsetzung der  
24 Istanbul-Konvention zu beachten
- 25 4. In
- 26 5. Prävention & Fortbildung: Alle Berufsgruppen, die mit Familienverfahren  
27 befasst sind, müssen regelmäßige Fortbildungen zu häuslicher Gewalt und deren  
28 Auswirkungen auf Kinder erhalten. Lehr- und Bildungspläne müssen  
29 Partnerschaftsgewalt altersgerecht thematisieren; geschlechtsstereotype  
30 Rollenbilder müssen frühzeitig reflektiert werden, um Gewaltrisiken zu senken.
- 31 6. Bundesweite Koordinierungsstelle: Der Bund muss eine staatliche  
32 Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einrichten, die  
33 strategisch, koordinierend und operativ tätig wird und damit föderale Lücken  
34 schließt sowie Mindeststandards beim Gewaltschutz sichert.
- 35 7. Gewaltschutzgesetz entschlossen anwenden: Das Gesetz ist auch bei psychischer  
36 Gewalt konsequent anzuwenden; Verstöße gegen Schutzanordnungen sind konsequent

37 zu ahnden.

38 Bereits bei begründetem Verdacht gilt es präventive Schutzmaßnahmen zu  
39 ergreifen, um Frauen und Kinder frühzeitig zu sichern. Dafür sind alle  
40 Beteiligten zu sensibilisieren.

- 41 8. Sorge<sup>?</sup> und Umgangsrecht anpassen: Mütter, die von Gewalt betroffen sind, müssen  
42 das alleinige Sorgerecht erhalten, da miterlebte Gewalt Kinder  
43 traumatisiert.

44 In der akuten Trennungsphase bedarf es einer Umgangsaussetzung, bei der die  
45 Adresse der Frau geheim bleibt und Anhörungen der Eltern getrennt erfolgen. Das  
46 Wechselmodell und verpflichtende Mediationsgespräche sind in Gewaltfällen  
47 auszuschließen. Ein betreuter Umgang kann erst nach abgeschlossenem  
48 Tätertraining in Betracht kommen.

- 49 9. Digitale Überwachung verhindern: Wir fordern, dass der Bund niedrigschwellige  
50 Beratungsangebote und polizeiliche Fachstellen zu digitaler  
51 Partnerschaftsgewalt fördert und Aufklärungskampagnen finanziert.

- 52 10. Finanzielle Soforthilfe: Durch die Trennung in Fällen häuslicher Gewalt geraten  
53 Frauen oft in eine finanzielle Notsituation. Bund und Länder müssen daher eine  
54 unbürokratische, existenzsichernde Soforthilfe einrichten, welche die  
55 Versorgungslücke zwischen Trennung und Bewilligung von Transferleistungen  
56 überbrückt.

## Antrag Gb02: Frauen schützen – Gewaltschutz voranbringen!

Laufende Nummer: 103

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich nachdrücklich für die Erstellung
- 2 eines Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen
- 3 einzusetzen. Dieser soll sich ressortübergreifend und insbesondere in Zusammenarbeit
- 4 mit den relevanten Fachberatungsstellen die Durchsetzung des Rechts der Frauen auf
- 5 ein gewaltfreies Leben zur Aufgabe machen. Ziel ist die Umsetzung der Istanbul
- 6 Konvention auf einer strategischen Ebene, sowie die Definition von Zuständigkeiten
- 7 und Umsetzungszielen anhand eines strukturierten Zeitplans, um schließlich gemeinsam
- 8 effektive übergreifende Maßnahmen zu entwickeln.

## Antrag Gb03: EU-Gewaltschutz konsequent umsetzen und Schutzlücken schließen

Laufende Nummer: 35

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Thüringen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD Frauen fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen  
2 Mitglieder der Bundesregierung auf, die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen  
3 Frauen und häuslicher Gewalt aus dem Jahr 2024 vollständig, ambitioniert und über den  
4 Mindeststandard hinaus umzusetzen. Ziel ist es, Gewaltfreiheit als Grundrecht  
5 tatsächlich durchzusetzen und bestehende Schutzlücken konsequent zu schließen.
- 6 Dazu ist das Gewalthilfegesetz in folgenden Punkten weiterzuentwickeln:
- 7 1. Finanzierung und Strukturen nachhaltig sichern
- 8 •Die Finanzierung von Frauenhäusern, Schutzwohnungen und Fachberatungsstellen ist  
9 dauerhaft durch eine verlässliche gesetzliche Grundlage zu garantieren.
- 10 •Bund und Länder müssen gemeinsam ein bundesweit einheitliches Finanzierungsmodell  
11 schaffen, das die Träger unabhängig von kommunaler Haushaltslage absichert.
- 12 •Fachberatungsstellen müssen in allen Regionen – städtisch wie ländlich – in  
13 ausreichender Zahl vorhanden sein, damit jede gewaltbetroffene Frau  
14 niedrigschwelligen Zugang erhält.
- 15 2. Bedarfsgerechte und barrierefreie Plätze schaffen
- 16 •Die Zahl der Frauenhausplätze ist an den tatsächlichen Bedarfen auszurichten; das  
17 Istanbul-Übereinkommen fordert einen Platz pro 10.000 Einwohner:innen – dieser  
18 Standard muss bundesweit verbindlich erreicht werden.
- 19 •Alle Einrichtungen, Frauenhäuser wie auch die Fachberatungsstellen, sind baulich und  
20 konzeptionell barrierefrei auszugestalten, um auch Frauen mit Behinderung  
21 uneingeschränkten Zugang zu ermöglichen.
- 22 3. Zugang unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleisten
- 23 •Das Grundrecht auf Schutz vor Gewalt gilt für alle Frauen – unabhängig von Pass,  
24 Aufenthaltsstatus oder sozialem Hintergrund. Es darf keine Zugangsbeschränkungen  
25 geben.
- 26 Die Finanzierung darf nicht von sozialleistungsrechtlichen Ansprüchen abhängen.
- 27 4. Femizide sichtbar machen und wirksam bekämpfen
- 28 •Femizide sind gesondert statistisch zu erfassen und regelmäßig zu veröffentlichen,  
29 um das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt realistisch abzubilden.
- 30 •Polizei, Justiz und Fachstellen müssen für die besondere Dynamik  
31 geschlechtsspezifischer Gewalt sensibilisiert und verpflichtend fortgebildet werden.
- 32 •Präventionsstrategien und Schutzkonzepte sind speziell auf die Verhinderung von  
33 Femiziden auszurichten. Täterorientierte Maßnahmen sind zu etablieren (z.B.  
34 verpflichtende Täterprogramme zur Gewaltprävention).

35 5. Rechte der Betroffenen stärken

- 36 •Betroffene müssen einen Rechtsanspruch auf Schutz, Beratung, Unterbringung im  
37 Frauenhaus und Vermittlung von Wohnraum erhalten.
- 38 •Sprachmittlung und diversitätssensible Beratung sind flächendeckend sicherzustellen.
- 39 •Opferrechte im Strafverfahren sind weiter zu stärken, u. a. durch erleichterten  
40 Zugang zu psychosozialer Prozessbegleitung.

## Antrag Gb04: Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen

Laufende Nummer: 50

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Saar
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Wir fordern:
- 2 • Verpflichtende Ausbildungsbestandteile sowie Fortbildungen, insbesondere für  
3 Psychotherapeut:innen, Gesundheitspersonal, Polizei, Staatsanwaltschaften und  
4 Justiz, einzuführen, wie in Artikel 15 der Istanbul-Konvention erklärt, mit dem  
5 Ziel der
- 6 a) Sensibilisierung, damit zukünftig insbesondere bei Taten in (Ex-)Beziehungen eine  
7 strafverschärfende Berücksichtigung geprüft wird,
- 8 b) Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Rechte der von Gewalt Betroffenen, um  
9 Geschlechterstereotype zu überwinden und sekundärer Viktimisierung vorzubeugen,
- 10 c) Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden, besonders auch in der Pressearbeit der  
11 Polizei, die in Erstmeldungen und der weiteren Kommunikation nicht zur  
12 Bagatellisierung von Femiziden beitragen darf.
- 13 • dafür zu sorgen, dass die betroffenen Stellen (Strafverfolgungsbehörden,  
14 Justizbehörden, Gesundheits- und Sozialdienste) Daten erheben und diese nach  
15 genderspezifischen Eigenschaften, Alter des Opfers und des Täters, ihrer  
16 Beziehung zueinander, dem Tatort und der Art der Gewalt aufgeschlüsselt werden  
17 und dass die Datenerhebung zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem  
18 Justizsektor harmonisiert wird, um die Fälle von der Anzeigenerstattung über die  
19 Strafverfolgung bis zu Gericht analysieren zu können,
- 20 • die Forschung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern, um ihre  
21 eigentlichen Ursachen und ihre Auswirkungen, ihr Vorkommen und die  
22 Verurteilungsquote zu untersuchen,
- 23 • auf eine Reform des nationalen Strafrechts hinzuwirken, um eine Konformität der  
24 Rechtspraxis mit den Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erzielen,
- 25 • die Bearbeitungszeit bei den Strafverfolgungsbehörden zu verkürzen, damit  
26 gewaltbetroffene weiblich gelesene Personen zeitnah zu ihrem Recht kommen;
- 27 • die Bundesländer auf, schon heute den Ausbau von Frauenhäusern, Schutzwohnungen  
28 und Beratungsstellen voranzutreiben, um den ab 2032 geltenden Rechtsanspruch des  
29 Gewalthilfegesetzes auf kostenlosen Schutz und Beratung gerecht werden zu  
30 können,
- 31 • das Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" finanziell deutlich  
32 aufzustocken. Ferner muss das Programm entfristet werden, sodass die Länder  
33 besser planen können.
- 34 • die Bundesregierung auf, eine\*n Beauftragt\*en gegen Gewalt an weiblich  
35 gelesenen Personen zu schaffen,
- 36 • die regelmäßige Durchführung von Kampagnen und Programmen zur

Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen, um in der breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein und das Verständnis für die unterschiedlichen Erscheinungsformen von geschlechtsbezogener Gewalt zu verbessern,

- die Aufnahme von Themen wie Gleichstellung von weiblich gelesenen Personen und cis-Männern, Aufhebung von Rollenzuweisungen, geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf gängige Sexual- und Vergewaltigungsmythen in die offiziellen Lehrpläne auf allen Ebenen des Bildungssystems,

- besserer Schutz und Schutzräume für trans Menschen

- Täterarbeit in Form von Kursen, in denen u.a. gelehrt wird, wie Konflikte gewaltfrei, also ohne anderen physischen oder psychischen Schaden zuzufügen, gelöst werden können.

Für verurteilte Täter ist die Teilnahme im Rahmen ihrer Strafe verpflichtend, während sie für nicht verurteilte Täter auf freiwilliger Basis zugänglich ist.

Des Weiteren sollen Hilfsangebote bereitgestellt werden, um den Tätern und diejenigen, die befürchten Täter zu werden dabei zu unterstützen, ihr Verhalten zu verbessern und eine Wiederholungstat zu verhindern. Die Ausfinanzierung und der Aufbau dieser Angebote dürfen niemals zu Lasten der finanziellen und personellen Ausstattung von Angeboten zum Schutz der Betroffenen gehen.

## Antrag Gb05: Femiziden entgegenreten!

Laufende Nummer: 76

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Wir wollen Frauen und Mädchen besser vor Gewalt schützen und fordern von der SPD-
- 2 Bundestagsfraktion die Umsetzung folgender Punkte:
- 3 -Einführung einer bundeseinheitlichen Definition des Begriffs Femizid
- 4 -Bildung und Aufklärung über Geschlechtergleichstellung, gewaltfreie Konfliktlösung
- 5 und Respekt gegenüber Mädchen und Frauen in unseren Bildungseinrichtungen
- 6 -Die Stärkung von Frauen und die Förderung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, um
- 7 ihre Fähigkeit zu stärken, sich gegen Gewalt zu wehren und aus gewalttätigen
- 8 Beziehungen auszubrechen
- 9 -Eine breite Sensibilisierungskampagne über die Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen
- 10 und die Bedeutung von Geschlechtergleichstellung, um die gesellschaftlichen
- 11 Einstellungen zu ändern und die Akzeptanz von Gewalt zu verringern
- 12 -Evaluierung und finanzielle Unterstützung zur Weiterentwicklung des
- 13 Hochrisikomanagements
- 14 -Einen neuen Aktionsplan und ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen,
- 15 das konkrete Maßnahmen vorsieht und mit einem umfassenden Budget und ausreichend
- 16 Personal ausgestattet ist
- 17 -Regelmäßige und Umfangreiche Erhebung von Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt
- 18 mit der Berücksichtigung der Folgen von Gewalt auf das weitere Leben
- 19 -Strafverschärfung bei Femiziden nach Art. 46 der Istanbul-Konvention, insbesondere
- 20 die Anerkennung von niederen Beweggründen bei Tötungen gegen eine frühere oder
- 21 derzeitige Ehefrau oder Partnerin begangen wurden
- 22 -Opfer von Gewalt müssen Zugang zu sicheren Unterkünften, medizinischer Versorgung,
- 23 psychologischer Unterstützung und rechtlicher Beratung erhalten
- 24 Dafür müssen wir mehr Schutzräume für Frauen und Mädchen schaffen und endlich einen
- 25 Rechtsanspruch auf Frauenhausplätze einführen. Zudem müssen wir unsere
- 26 Frauenfachberatungsstellen stärken und dafür Sorge tragen, dass flächendeckend in
- 27 ganz Deutschland Beratungsangebote zur Verfügung stehen:
- 28 -Kostenlose psychosoziale Prozessbegleitung für Betroffene von häuslicher Gewalt, die
- 29 physische, psychische, sexualisierte sowie soziale und finanzielle Gewalt
- 30 miteinschließt
- 31 -Einführung von verpflichtenden Fortbildungen und Schulungen für die Polizei,
- 32 Richter\*innenschaft und Staatsanwaltschaft
- 33 -Einführung von verpflichtenden Anti-Gewalt Programme für gewaltauffällige Männer

## Antrag Gb06: \_Digitale Gewalt gegen Frauen beenden - unsere Nudes sind nicht euer Business!

Laufende Nummer: 6

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Der digitale Raum muss auch für Frauen ein gewaltfreier Raum sein. Daher fordern wir:
- 2 • ein Digitales Gewaltschutzgesetz, welches die besondere Betroffenheit von Frauen
- 3 bei digitaler Gewalt mitdenkt und ihnen wirksame Instrumente an die Hand gibt.
- 4 • Strafrechtslücken bei bildbasierter Gewalt – auch für Deepfakes – müssen
- 5 geschlossen werden
- 6 • Einen verbesserten Schutz vor digitalem Stalking
- 7 • die Einführung von Accountsperren und die Möglichkeit der Unterstützung vor Gericht
- 8 durch ein Verbandsklagerecht der Betroffenenorganisationen wie HateAid.
- 9 • Host-Provider bzw. Access-Provider sollen Websites sperren müssen, die KI-
- 10 Anwendungen mit expliziter Ausrichtung auf die Erstellung von Missbrauchs-
- 11 Nacktbildern und -videos anbieten.
- 12 • Nacktbilder müssen konsequent von den Plattformen und Providern gelöscht werden.
- 13 • App-Stores sollen Apps nicht anbieten dürfen, wenn diese explizit auf die
- 14 Erstellung von bildbasierter sexualisierter Gewalt ausgerichtet sind.
- 15 • Zahlungsdienste sollen keine Zahlungen mehr für Dienstleistungen abwickeln dürfen,
- 16 die die Erstellung und Verbreitung bildbasierter sexualisierter Gewalt ermöglichen.
- 17

## Antrag Gb07: Antrag auf Sicherheit im digitalen Raum – Schutz für Frauen in Politik und Gesellschaft stärken

Laufende Nummer: 91

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV NRW
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Frauen vor digitaler Gewalt,  
2 insbesondere vor gezielten Angriffen aus dem rechten Spektrum, zu schützen.

3

Dazu gehören insbesondere:

4 Meldestellen und Beratungsangebote stärken:

- 5 • Niedrigschwellige Meldestellen für digitale Gewalt weiter ausbauen und bekannter  
6 machen.  
7 • Beratungsangebote absichern und erweitern, die speziell auf digitale Gewalt,  
8 sexualisierte Belästigung und Drohungen im Netz eingehen.

9 Hass und Bedrohungen ernst nehmen:

- 10 • Polizei und Justiz für digitale Gewalt sensibilisieren und verpflichten,  
11 Anzeigen wegen Hassnachrichten, Bedrohungen und sexualisierten Angriffen  
12 konsequent zu verfolgen.

13 Plattformen in die Verantwortung nehmen:

- 14 • Soziale Netzwerke verpflichten, gemeldete Hassangriffe zeitnah zu bearbeiten und  
15 wirksam zu entfernen.  
16 • Transparente Berichtspflichten einführen, damit offengelegt wird, wie viele  
17 Fälle von Hassrede, Drohungen und sexualisierter Gewalt im Netz bearbeitet  
18 wurden und wie.

## Antrag Gb08: Einführung von „Nur Ja heißt Ja“ beim Sexualstrafrecht

Laufende Nummer: 81

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die im Koalitionsvertrag verständigten  
2 Maßnahmen zur Gewaltprävention, das Gewalthilfegesetz, umzusetzen. Zudem wird sie  
3 aufgefordert eine Überprüfung zu verfolgen, ob die Intention des Grundsatzes „Nein  
4 heißt nein“ im Sinne von „Nur ja heißt ja“ bzw. „Nur ja heißt nicht nein“ sich in der  
5 Rechtspraxis wiederfindet.
- 6 Das deutsche Sexualstrafrecht folgt derzeit dem Grundsatz „Nein heißt Nein“. Er  
7 besagt, dass sexuelle Handlungen ohne Zustimmung strafbar sind. Zuvor galt das  
8 Prinzip des „Opferwiderstands“, wonach eine Vergewaltigung nur dann strafbar war,  
9 wenn das Opfer sich körperlich gegen den Angriff gewehrt hatte.
- 10 Jedoch ist ein klares „Ja“ als Ausdruck der Zustimmung entscheidend, um Personen vor  
11 sexuellen Übergriffen und Gewalttaten zu schützen. Durch die Verankerung des  
12 Grundsatzes „Ja heißt Ja“ im Sexualstrafrecht kann sichergestellt werden, dass  
13 sexuelle Handlungen nur dann legal sind, wenn alle Beteiligten ausdrücklich ihr  
14 Einverständnis geben. Der Grundsatz „Ja heißt Ja“ stärkt so die Selbstbestimmung und  
15 Autonomie jedes:r Einzelnen.
- 16 Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen die Kontrolle über ihren eigenen Körper  
17 haben müssen und frei darüber entscheiden können, welche sexuellen Handlungen sie  
18 zulassen möchten. Die Einführung des Grundsatzes „Ja heißt Ja“ kann Klarheit und  
19 Verbindlichkeit in Bezug auf die Zustimmung zu sexuellen Handlungen schaffen. Auf  
20 diese Weise werden Missverständnisse und Grauzonen reduziert, was sowohl den  
21 Opferschutz als auch den Rechtsschutz für alle Beteiligten verbessert. Die  
22 Verankerung des Grundsatzes „Ja heißt Ja“ im Sexualstrafrecht trägt folglich zur  
23 Entwicklung eines zeitgemäßen und aufgeklärten Rechtsbewusstseins bei. Es sendet die  
24 klare Botschaft aus, dass sexuelle Handlungen nur dann akzeptabel sind, wenn sie  
25 einvernehmlich erfolgen.
- 26 Um das zu erreichen, fordern wir:
- 27 -Eine klare gesetzliche Definition im Strafgesetzbuch dafür geschaffen wird, was als  
28 ausdrückliche Zustimmung zu sexuellen Handlungen gilt. Dies kann beispielsweise durch  
29 die Formulierung festgelegt werden, dass Zustimmung freiwillig, bewusst und ohne  
30 jegliche Form von Zwang oder Druck erfolgen muss,
- 31 -Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Aufklärung durchgeführt werden. Dies umfasst  
32 die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema der Zustimmung sowie die  
33 Förderung eines respektvollen und gleichberechtigten Umgangs miteinander,
- 34 -Opferschutzmaßnahmen gestärkt und Unterstützungsangebote für Betroffene von  
35 sexualisierter Gewalt ausgebaut werden. Dies umfasst unter anderem die Bereitstellung  
36 von Beratungsstellen, psychosozialer Unterstützung und rechtlicher Hilfe.

## Antrag Gb09: Schutzlücken schließen beim Gewalthilfegesetz

Laufende Nummer: 87

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD Frauen fordern die SPD Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
- 2 Mitglieder der Bundesregierung auf, das auf Bundesebene beschlossene
- 3 Gewalthilfegesetz weiterzuentwickeln, um allen Menschen, insbesondere aber allen, die
- 4 überproportional von Gewalt und von gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen
- 5 sind, einen Zugang zu Schutz und Hilfe zu ermöglichen.
- 6 Bisher sind trans\* Frauen, inter\* und nicht binäre Personen nicht abgesichert, bei
- 7 Frauen mit unsicherem Aufenthaltsstatus bestehen Hürden, die den Schutz erschweren.
- 8 Die Bedürfnisse nach realer und gefühlter Sicherheit und Schutz von allen betroffenen
- 9 Frauen muss zu jeder Zeit gewährleistet und sichergestellt sein.

10

## Antrag Gb10: Fortbestehen des" Fonds Sexueller Missbrauch"

Laufende Nummer: 69

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der "Fonds Sexueller Missbrauch" rechtssicher
- 2 fortbesteht und eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage erhält.
- 3 Der "Fonds Sexueller Missbrauch" ist im August dieses Jahres ausgelaufen.
- 4 Rückwirkend zum 17. März 2025 wurden bereits gestellte Anträge nicht mehr
- 5 berücksichtigt. Der Fonds Sexueller Missbrauch war in den letzten Jahren in
- 6 mehrfacher Hinsicht für die Betroffenen von sexualisierter Gewalt in der Kindheit in
- 7 Deutschland von enormer Bedeutung und muss daher Sicht der Fachleute und
- 8 Fachgesellschaften, die im Bereich der Beratung, Betreuung und Behandlung komplexer
- 9 Traumatisierungen tätig sind, unbedingt fortgeführt werden

## **Antrag Gb11: Leid anerkennen, Aufklärung vorantreiben - Das Schicksal der Verschickungskinder muss endlich transparent gemacht werden.**

Laufende Nummer: 99

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass die in Zeile 3212
- 2 und 3213 des Koalitionsvertrags aufgenommene Absichtserklärung die Aufarbeitung der
- 3 Misshandlungen von Kindern bei Kuraufenthalten zwischen 1950 und 1990 zu unterstützen
- 4 kein bloßes Lippenbekenntnis bleibt und das Schicksal der sogenannten
- 5 Verschickungskinder endlich transparent gemacht wird.

## Antrag Gb12: Sexistische Äußerungen auch außerhalb parlamentarischer Räume sanktionieren

Laufende Nummer: 100

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV NRW
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordern die SPD-Parteivorstand und SPD-
- 2 Bundesfraktion auf, dass sexistische, herabwürdigende oder sexualisierte Äußerungen
- 3 von Politiker:innen, auch außerhalb parlamentarischer Gremien, klar geahndet und
- 4 öffentlich verurteilt werden.
- 5 Dazu fordern die Bundeskonferenz SPD-Frauen:
- 6 1. Verbindliche Regeln in Partei und Fraktionen
- 7 • Partei und Fraktionen müssen verbindliche Verhaltenskodizes gegen Sexismus
- 8 erarbeiten.
- 9 • Verstöße sind zu sanktionieren
- 10 2. Verantwortung übernehmen Wiederholte Fälle müssen parteiintern zu
- 11 Ordnungsverfahren führen.
- 12 3. Politische Kultur stärken
- 13 • Sexistische Äußerungen im öffentlichen Raum (Interviews, Social Media,
- 14 Kundgebungen) sind nicht nur persönliche Entgleisungen, sondern beschädigen das
- 15 demokratische Miteinander und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen.
- 16 • Die SPD verpflichtet sich, Fälle sexistischer Sprache konsequent zu benennen und
- 17 öffentlich zu kritisieren.

# Antrag G01: Erhalt und Ausbau von flächendeckenden und wohnortnahen Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland

Laufende Nummer: 7

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 1. Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,  
2 sich dafür einzusetzen, dass alle Bundesländer ihren Auftrag zur Sicherstellung der  
3 Versorgungslage von Frauen beim Schwangerschaftsabbruch gerecht werden.
- 4 2. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in  
5 Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten, die aktuell Schwangerschaftsabbrüche  
6 vornehmen, sowie Stellen der Schwangerschaftskonfliktberatung ein „Versorgungsplan  
7 Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerschaftskonfliktberatung“ aufgesetzt und zügig  
8 umgesetzt wird.
- 9 3. Ziel des Plans muss es sein, dass es Frauen in Deutschland flächendeckend und  
10 wohnortnah ermöglicht wird, mit dem öffentlichen Nahverkehr innerhalb maximal einer  
11 Stunde eine Praxis oder Klinik zu erreichen, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt.
- 12 4. Ziel des Plans muss es zudem sein, dass Frauen in Deutschland flächendeckend und  
13 wohnortnah innerhalb einer Stunde mit dem öffentlichen Nahverkehr eine  
14 Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle erreichen können.
- 15 5. Ziel des Plans muss es insbesondere sein, Tendenzen in den Versorgungsstrukturen  
16 in Deutschland zu erkennen, um rechtzeitig das Angebot wesentlich ausweiten zu  
17 können.
- 18 6. Hierfür wird ein regelmäßiges Monitoring bzgl. der ausreichenden Versorgung mit  
19 Anlaufstellen für Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerenkonfliktberatungen  
20 vorgenommen.
- 21 7. Die Bundesregierung muss den Beratungsstellen der Schwangerenkonfliktberatung eine  
22 Liste von Praxen und Kliniken zur Verfügung stellen, die auflistet, welche Praxen und  
23 Kliniken/Krankenhäuser regelmäßig, und nicht nur in Einzelfällen oder bei  
24 medizinischer Indikation, Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In der Liste ist  
25 darzustellen, welche dieser Praxen und Kliniken/Krankenhäuser barrierefrei sind.
- 26 8. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass  
27 Krankenhäuser und Kliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft oder mit  
28 öffentlicher Förderung Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. SSW anbieten müssen, um  
29 den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen. Sie müssen regelmäßig und nicht nur in  
30 Einzelfällen oder bei medizinischer Indikation Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.
- 31 9. Es muss veranlasst werden, dass an allen medizinischen Hochschulen im Rahmen des  
32 Medizinstudiums das Erlernen der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zwingend  
33 vorausgesetzt wird, wenn die Schwerpunktsetzung in der Gynäkologie erfolgt. Keine

34 Ärzt\*in soll in Deutschland Gynäkolog\*in werden können, ohne Schwangerschaftsabbrüche  
35 vornehmen zu können.

36 10. Zum Erhalt und Ausbau der Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche  
37 werden flächendeckend auch telemedizinische Angebote für medikamentöse  
38 Schwangerschaftsabbrüche erleichtert und ausgebaut. Auf Barrierefreiheit ist auch  
39 hier zu achten.

40 11. Es ist sicherzustellen, dass für alle Frauen in Deutschland die Möglichkeit  
41 besteht, die legale Methode des Schwangerschaftsabbruches frei zu wählen. Alle  
42 Methoden müssen für alle Frauen innerhalb einer Stunde erreichbar sein.

## Antrag G02: Reproduktive Gesundheit zukunftsfähig machen - Forschung zu Verhütungsmitteln für Männer gezielt fördern

Laufende Nummer: 8

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 1. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die zuständigen SPD-Minister\*innen
- 2 sowie die SPD Europaabgeordneten setzen sich für Maßnahmen zur nachhaltigen
- 3 Finanzierung von Verhütungsmittelforschung ein.
- 4 2. Um die Forschungsmaßnahmen im Bereich Verhütungsmittel in Zukunft weiter gezielt
- 5 zu fördern, werden insbesondere folgende Maßnahmen gefordert:
- 6 a. Entwicklung nebenwirkungsarmer Verhütungsmethoden für Frauen und Männer.
- 7 b. Weiterentwicklung der "Richtlinie zur Förderung der Verhütungsmittelforschung für
- 8 alle Geschlechter" des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt
- 9 (BMFTR)
- 10 c. Das Budget für Verhütungsmittelforschung für alle Geschlechter muss langfristig
- 11 angehoben werden, damit sowohl präklinische, als auch klinische Studien durch das
- 12 BMBF gefördert werden können.
- 13 3. Zulassungsregularien sollten dahingehend angepasst werden, dass die Zulassung von
- 14 Verhütungsmitteln für Männer möglich wird.
- 15 4. Finanzielle Förderungen und fachliche Zusammenarbeit mit NGO Gruppen wie z.B.
- 16 „Better Birth Control e.V.“ sind zu unterstützen.

## Antrag G03: Sichere Verhütung ermöglichen

Laufende Nummer: 13

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

1 Forderungen:

- 2 1. Kostenlose Verhütung für alle: Krankenkassen sollten sämtliche Kosten für  
3 verschreibungs- und nichtverschreibungspflichtige Verhütungsmittel übernehmen –  
4 unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einkommen.
- 5 2. Forschung ausbauen – Verhütungsmittel für alle Geschlechter: Staatliche  
6 Förderprogramme für nebenwirkungsarme Methoden für Frauen und neue Optionen für  
7 Männer müssen erforscht und finanziert werden. Die im Januar 2025  
8 veröffentlichte BMBF-Richtlinie „Verhütungsmittelforschung für alle  
9 Geschlechter“ wird begrüßt. Sie muss dringend weiterverfolgt und umgesetzt  
10 werden.
- 11 3. Gleichberechtigte Verantwortung stärken: Eine bundesweite Aufklärungskampagne  
12 zur Rolle von Männern in der Verhütung stärkt die Aufmerksamkeit für die  
13 Verantwortung aller Geschlechter für Verhütung. Lehr- und  
14 Informationsmaterialien, die nichtbinäre und trans\* Personen einbeziehen,  
15 müssen hierbei berücksichtigt werden.

16

# Antrag G05: Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik endlich umsetzen: Frauengesundheit systematisch stärken

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

1 Wir erneuern unsere Forderungen nach einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik  
2 und einer systematischen Stärkung der Frauengesundheit:

3 1. Frauenspezifische Inhalte in Studium und Ausbildung verankern:  
4 geschlechtsspezifische Symptomaten (z. B. bei Herzinfarkt) müssen  
5 verpflichtend und vertiefend in medizinische Curricula aufgenommen werden.  
6 Bundes- und Landesmittel für Professuren, Lehrstühle und Fortbildungsprogramme  
7 in Geschlechtermedizin müssen weiterhin ausgebaut werden.

8 2. Forschungslücken schließen

9 • Wechseljahre: Es müssen mehr Förderprogramm für Diagnostik & Therapie

10 2. menopausaler Beschwerden aufgelegt werden, da Frauen in der Menopause häufig  
11 falsch therapiert werden.

12 • Brustkrebs-Vorsorge: Es müssen patient\*innen-freundliche, schmerzärmere

13 2. Screeningmethoden als die Mammographie entwickelt werden; kostenlose  
14 Mammographie sollte nicht bis 75 befristet bleiben, sondern aufgrund höherer  
15 Lebenserwartung entfristet werden

16 3. Endometriose früh erkennen: Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen  
17 Gesetzentwurf bzw. einen Antrag einzubringen, der den Gemeinsamen  
18 Bundesausschuss (G-BA) beauftragt, den seit 2023 verfügbaren Speicheltest  
19 (z.B. Endotest®) mit nachgewiesener Sensitivität von 95% innerhalb von  
20 14 Tagen in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)  
21 aufzunehmen. Bis zur formalen Aufnahme sind unbürokratische  
22 Kostenerstattungsverfahren sicherzustellen.

23 4. Lipödem: Die Versorgungs- und Behandlungsmöglichkeiten einer Lipödemerkrankung  
24 müssen ausgeweitet werden.

## Antrag G06: Gendermedizin verbindlich im Gesundheitssystem verankern

Laufende Nummer: 88

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV NRW
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion erneut auf,  
2 sich weiterhin dafür einzusetzen, dass Gendermedizin verbindlich im Gesundheitssystem  
3 verankert wird.
- 4 Konkret bedeutet das:
  - 5 1. Ausbildung und Studium: Gendermedizin wird fester Bestandteil aller  
6 medizinischen und pflegerischen Studiengänge sowie ärztlicher Weiterbildungen.  
7 Denn bislang werden Frauen in der medizinischen Forschung und Therapie  
8 benachteiligt.
  - 9 2. Forschung: Klinische Studien müssen geschlechtsspezifische Unterschiede  
10 systematisch berücksichtigen. Die Forschung zu frauenspezifischen Erkrankungen  
11 wie z.B. Endometriose und Lipödem ist gezielt auszubauen.
  - 12 3. Vorsorge & Versorgung: Der Aufbau spezialisierter Zentren für Endometriose und  
13 Lipödem wird bundesweit vorangetrieben. Frauenspezifische Angebote in  
14 Geburtshilfe, reproduktiver Gesundheit und Gewaltprävention sind auszubauen.
  - 15 4. Aufklärung: Patientinnen werden über unterschiedliche Symptome und  
16 Krankheitsverläufe gezielt informiert, z.B. durch Öffentlichkeitskampagnen –  
17 etwa zu Herzinfarkten bei Frauen.

## Antrag G07: Schutz sensibler Gesundheitsdaten in der elektronischen Patientenakte gewährleisten

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

1 Die SPD FRAUEN fordern die SPD, die sozialdemokratischen Minister\*innen in der  
2 Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich bei der Weiterentwicklung  
3 der elektronischen Patientenakte (ePA) für höchste Datenschutz- und  
4 Selbstbestimmungsstandards einzusetzen. Insbesondere hochsensible Gesundheitsdaten zu  
5 reproduktiver Gesundheit, Schwangerschaftsabbrüchen und Gewalterfahrungen müssen  
6 besonders geschützt werden.

7 Wir fordern daher:

8 1. Einfache Steuerung für ~~Patient:innen~~ Patient\*innen

9 • Die Steuerung der Zugriffsrechte muss über eine niedrigschwellige, barrierefreie  
10 und  
11 patient:innenfreundliche Anwendung erfolgen.

12 • Informationen zu Zugriffsrechten und Datenfreigaben sind in klarer, leicht  
13 verständlicher Sprache bereitzustellen – auch in mehreren Sprachen.

14

15 ~~Jeder Patient:in~~ Jede\*r Patient\*in erhält ein Zugriffsprotokoll in Echtzeit, in  
16 dem nachvollziehbar  
17 ist, wer wann auf welche Daten zugegriffen hat.

18 2. Explizite Zustimmung für sensible Daten

19 • Daten zu reproduktiver Gesundheit (z. B. Schwangerschaftsabbrüche,  
20 Fertilitätsbehandlungen, gynäkologische Diagnosen) sowie zu Gewalterfahrungen dürfen  
21 nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Patient\*innen freigegeben werden.

22 • Diese Zustimmung muss aktiv erteilt und jederzeit widerrufbar sein („Opt-in“ statt  
23 automatischer Freigabe).

24 3. Feingranulare Zugriffssteuerung als Standard

25 • Patient\*innen müssen entscheiden können, welche Ärzt\*innen oder Institutionen welche  
26 Dokumente sehen dürfen.

27 • Es ist sicherzustellen, dass sensible Einträge einzeln sperrbar und nicht  
28 automatisch mit der gesamten Akte freigegeben sind.

29 • Technische Standards müssen garantieren, dass diese Rechte einfach umgesetzt und  
30 transparent dokumentiert werden.

31 4. Besonderer Schutz vor Diskriminierung und Stigmatisierung

32 • Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass sensible Gesundheitsdaten nicht ohne  
33 Einwilligung in Verfahren mit Behörden, Arbeitgeber\*innen oder Versicherungen  
34 gelangen.

35 •Für Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen, sexualisierter Gewalt, psychischen  
36 Erkrankungen, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung müssen Sonderregelungen  
37 gelten, um eine missbräuchliche Nutzung auszuschließen.

38 •Ärzt\*innen und medizinisches Personal sind verpflichtend zu schulen, wie sensible  
39 Daten im Sinne der Patient:innenrechte geschützt werden.

#### 40 5. Rechtliche und technische Sicherungen ausbauen

41 •Der Gesetzgeber muss klarstellen, dass die Nutzung sensibler Daten zu Zwecken der  
42 Strafverfolgung oder Leistungseinschränkung ausgeschlossen ist.

43 •Technische Mindeststandards (Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Zwei-Faktor-  
44 Authentifizierung, pseudonymisierte Speicherung) sind verpflichtend vorzuschreiben.

45 •Bei Verstößen gegen die Datenschutzbestimmungen müssen spürbare Sanktionen greifen.

## **Antrag G08: Knochendichte-Messung muss Vorsorge-Untersuchung werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird**

Laufende Nummer: 26

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Hamburg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 Die Knochendichte-Messung muss als regelhafte Vorsorge-Untersuchung für alle Menschen
- 2 über 50 Jahre kostenlos angeboten werden. Die Kosten hierfür müssen die Krankenkassen
- 3 übernehmen.

## Antrag G09: Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung von Frauen in den Wechseljahren

Laufende Nummer: 40

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen KV Jena
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 Die medizinische Versorgung und gesellschaftliche Aufklärung in Bezug auf die
- 2 Wechseljahre (Menopause, Perimenopause und auch die Postmenopause ) muss verbessert
- 3 werde. Dazu gehören insbesondere:
- 4 • Bereitstellung öffentlicher Informations- und Aufklärungskampagnen, um
- 5 Vorurteile abzubauen, Wissen zu verbreiten und Selbsthilfestrukturen zu stärken
- 6 • Aufnahme der Wechseljahre und ihrer gesundheitlichen Herausforderungen als
- 7 verbindlichen Bestandteil in die medizinische Aus- und Weiterbildung (inkl.
- 8 Allgemeinmedizin, Gynäkologie, Psychologie)
- 9 • Ausbau einer flächendeckenden Versorgung mit spezialisierten Beratungsstellen
- 10 und interdisziplinären Kompetenzzentren für Frauengesundheit, die auch auf die
- 11 Wechseljahre spezialisiert sind
- 12 • Kostenübernahme evidenzbasierter Therapien (inkl. Hormontherapie, wenn
- 13 medizinisch indiziert) durch die gesetzlichen Krankenkassen
- 14 • Unterstützung von Forschungsvorhaben zu den Wechseljahren, insbesondere zu
- 15 Langzeitwirkungen, Therapieformen und psychosozialen Aspekten

# Antrag G10: Früherkennung als entscheidender Schlüssel beim Kampf gegen Krebs

Laufende Nummer: 49

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Saar
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 Wir fordern, dass Lücken im Krebs – Vorsorgesystem geschlossen werden und
- 2 Untersuchungen, die bisher als IGeL-Leistungen privat gezahlt werden müssen auch in
- 3 den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden.
- 4 Konkret fordern wir folgende Früherkennungsuntersuchungen:
- 5 - Ultraschalluntersuchung der Brust bei dichtem Brustgewebe ergänzend zur
- 6 Mammographie
- 7 - jährliche Ultraschalluntersuchung von Gebärmutter und Eierstöcken zusätzlich zu
- 8 Tastuntersuchung
- 9 - vaginaler Ultraschall
- 10 - HPV-Test
- 11 - jährlicher PAP-Abstrich
- 12 Ergänzend fordern wir präventiv die altersunabhängige Übernahme der HPV-Impfung für
- 13 Frauen und Männer

## Antrag G11: Stärkung der Adipositasbehandlung durch verpflichtende Kostenübernahme der Krankenkassen von Ernährungstherapie vor und nach bariatrischen Operationen

Laufende Nummer: 104

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt für Gesetzesinitiativen, die Krankenkassen
- 2 verpflichten, die Kosten für eine qualifizierte Ernährungstherapie vor und nach
- 3 bariatrischen Operationen (z.B. Magenverkleinerung) vollständig zu übernehmen.

## Antrag G13: Anerkennung von familiennaher Geburtshilfe als staatliche Pflicht

Laufende Nummer: 92

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine flächendeckende,
- 2 familiennahe Geburtshilfe, d.h. eine wohnortnahe Versorgung durch Hebammen und
- 3 Geburtshilfestationen, einzusetzen. Insbesondere sind die Tätigkeitshemmnisse für
- 4 Hebammen abzubauen und die im Zuge der Krankenhausreform geplanten Zentralisierungen,
- 5 Spezialisierungen und Schließungen von Geburtshilfestationen kritisch zu hinterfragen
- 6 um die staatliche Pflicht einer angemessenen Versorgung Gebärender zu erfüllen.

## Antrag G14: Gesundheit ist ein Menschenrecht – für eine solidarische und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung

Laufende Nummer: 83

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV NRW
<b>Status:</b>	Sonstiges Resolution
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheit

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-
- 2 Parteivorstand auf, folgenden Beschluss zu fassen:
- 3 1. Die SPD bekennt sich ausdrücklich dazu, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist
- 4 und unabhängig von Einkommen, Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Lebenssituation
- 5 gewährleistet werden muss.
- 6 2. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, den
- 7 Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen in Deutschland
- 8 sicherzustellen – auch für jene, die bisher durch bürokratische, finanzielle
- 9 oder rechtliche Hürden ausgeschlossen sind. Dazu gehören insbesondere
- 10 wohnungslose Menschen, Geflüchtete, EU-Bürger\*innen ohne
- 11 Krankenversicherungsschutz, Saisonarbeiter, Papierlose und Menschen in prekären
- 12 Lebenslagen.

## Antrag Int01: Frauen, Flucht und Migration

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Int - Internationales

- 1 Frauen und Mädchen stellen nach jüngsten Schätzungen etwa die Hälfte der weltweiten  
2 Menschen auf der Flucht. In der Regel sind sie es, die dabei die Fluchtentscheidung  
3 für sich und ihre Familien treffen, um Kinder zu schützen und Perspektiven zu  
4 schaffen. Fluchtursachen sind dabei oft eine patriarchale Struktur im Herkunftsland,  
5 sexualisierte Gewalt im familiären Umfeld oder staatlichen Stellen und immer auch die  
6 Ausübung sexualisierter Gewalt als demütigendes Motiv und Waffe in Kriegen und  
7 Konflikten.
- 8 Diese Frauen und Mädchen haben häufig schlimmste Trauma-Erfahrungen. Aufgrund langer  
9 Fluchtwege und Lebensumstände auf der Flucht fehlt Mädchen oft die Schulbildung. Und  
10 auch wenn die Frauen ihre Heimat wegen Gewalt verlassen haben, bedeutet das nicht das  
11 Ende ihrer Erfahrungen mit (sexualisierter) Gewalt auf den Fluchtrouten und in  
12 Flüchtlingslagern.
- 13 Bis heute herrscht jedoch nach wie vor das Bild, Mädchen und Frauen seien „Anhängsel“  
14 der Migration und Flucht von Männern, seien Familienangehörige, weil dieses Bild  
15 durch unsichere Fluchtrouten, die Frauen mit Familienpflichten Zugänge erschweren  
16 oder verwehren, in Europa dominiert. So fehlt in der Migrations-Fluchtforschung ein  
17 Genderblick auf Ursache und Bedürfnisse von Frauen.
- 18 • Es bedarf in der Migrations- und Fluchtforschung die Erweiterung der Thematik unter  
19 Gendergesichtspunkten. Dafür müssen Ressourcen von Europa-, Bundes- und Landesebene  
20 bereitgestellt werden.
- 21 • Den besonderen Fluchterfahrungen von Frauen und Mädchen, und der bestehenden  
22 weiteren Gefährdung in Flüchtlingslagern muss in den Aufnahmebedingungen und  
23 Aufnahmeeinrichtungen Rechnung getragen werden. Um das zu gewährleisten, müssen die  
24 Kommunen und Kreise von Bundesebene mit finanziellen und personellen Mitteln  
25 ausgestattet werden.
- 26 • Es bedarf mehr gezielter Beratungsangebote und eines Ausbaus von Netzwerk-  
27 strukturen, um die geflüchteten Frauen und Mädchen zu unterstützen und zu stärken.  
28 Diese müssen niedrigschwellig zugänglich sein und mit ausreichenden Finanzmittel  
29 ausgestattet. Der Erwartungsdruck an eine rasche Integration durch schnellen  
30 Spracherwerb, Bildung, Versorgung der Familie und Arbeitsmarktintegration ist sehr  
31 hoch. Hierfür sind strukturelle Ressourcen notwendig, die bereitgestellt werden  
32 müssen. Für beide Punkte müssen Bundesmittel bereitgestellt werden.
- 33 • Fluchtrouten nach Deutschland sind für weibliche Geflüchtete, vor allem mit  
34 Kindern, nicht zu bewältigen. Wir fordern daher **vom Bundestag** die sofortige  
35 Wiedereinsetzung des Familiennachzugs, der vor allem für Frauen oft der einzig  
36 sichere Weg nach Deutschland ist.

## Antrag Int02: Unsere Vision: ein geeintes Europa

Laufende Nummer: 16

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Int - Internationales

- 1 Wir fordern im neuen Grundsatzprogramm der SPD ein klares Bekenntnis zu einem Bündnis
- 2 der Vereinigten Staaten von Europa als ein Friedensprojekt, das auf Menschenwürde,
- 3 Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Meinungsfreiheit, Solidarität und Demokratie beruht.
- 4 Wir leben in Zeiten großer globaler Veränderungen. Klimakrise, Kriege wie in der
- 5 Ukraine und im Nahen Osten, humanitäre Katastrophen und weltweit wachsende soziale
- 6 Ungleichheit sind die derzeitigen großen Herausforderungen der internationalen
- 7 Gemeinschaft.
- 8 Doch statt einer gemeinsamen Strategie erleben wir einen Trend zur Deglobalisierung
- 9 und Spaltung innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft.
- 10 In der EU wächst die Europaverdrossenheit, neue Nationalisten sind überall auf dem
- 11 Vormarsch. Damit einher gehen ein erstarkender Rechtsextremismus und Antifeminismus.
- 12 Zunehmend gerät die Demokratie unter Druck.
- 13 Angesichts der globalen Krisen und der sich verändernden Weltordnung kommt Europa
- 14 mehr denn je eine bedeutende Rolle für die Bewältigung der ökologischen und digitalen
- 15 Transformation zu.
- 16 Eine Europäische Union kann der Schlüssel für die Bewältigung der Herausforderungen
- 17 sein, im Kampf gegen Armut und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle
- 18 Menschen.
- 19 Ein geeintes Europa fördert die Gleichstellung und bekämpft patriarchale Strukturen.
- 20 Ein geeintes Europa stärkt die emanzipatorische Geschlechterpolitik und treibt die
- 21 Gleichstellung in den Mitgliedstaaten voran. In einem geeinten Europa wird der Fokus
- 22 auf der Stärkung der Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen liegen.
- 23 Eine feministische Perspektive betont die Verbindung zwischen
- 24 Geschlechtergleichstellung und einer fairen, demokratischen Gesellschaft, was eine
- 25 klare Priorität für ein geeintes Europa darstellt.
- 26 Für eine gerechte und soziale Lösung der globalen Probleme, wie die wachsende soziale
- 27 Ungleichheit und den Klimawandel, braucht es ein vereintes, solidarisches und
- 28 nachhaltiges Europa, das sich nationalistischen und rechtspopulistischen Kräften
- 29 entschlossen entgegenstellt.
- 30 Bereits 1925 forderte die SPD in ihrem Heidelberger Programm erstmals die Bildung der
- 31 Vereinigten Staaten von Europa, ein Meilenstein sozialdemokratischer Geschichte.
- 32 Diese Vision wollen wir weiterentwickeln. Europa muss geeinter, demokratischer werden
- 33 und stärker für soziale und ökologische Ziele stehen.

## Antrag Int03: Schutz für gefährdete Afghaninnen und Afghanen garantieren – Aufnahmezusagen einhalten!

Laufende Nummer: 59

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV RLP
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Int - Internationales

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Minister\*innen werden dazu
- 2 aufgefordert, das Bundesaufnahmeprogramm für Ortskräfte in Afghanistan umgehend
- 3 fortzuführen, um besonders gefährdeten afghanischen Bürger\*innen, die aufgrund ihrer
- 4 früheren Tätigkeit für deutsche Behörden oder Organisationen seit der Machtübernahme
- 5 der Taliban akut bedroht sind, Schutz und Zuflucht in Deutschland zu gewähren. Zudem
- 6 muss sichergestellt werden, dass alle Personen mit bereits erteilter Aufnahmezusage
- 7 nach Deutschland einreisen können.

## Antrag Int04: Bundesweiter Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden in den Irak sowie ein landesweiter temporärer Abschiebestopp für RLP

Laufende Nummer: 60

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV RLP
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Int - Internationales

- 1 Die Abschiebung von Jesid\*innen in den Iran waren bis zum Jahresbeginn 2024
- 2 ausgesetzt. Der Abschiebestopp, den die Konferenz der Landesinnenministerinnen und
- 3 Landesinnenminister im Dezember 2022 beschlossen hatte, ist jedoch inzwischen längst
- 4 ausgelaufen.
- 5 Der Deutsche Bundestag hat im Januar 2023 die Gräueltaten der islamistischen
- 6 Terrororganisation IS an der Minderheit der Jesid\*innen im Irak im Jahr 2014 als
- 7 Völkermord anerkannt. Etwa 10.000 jesidische Männer wurden durch den IS ermordet,
- 8 7000 Frauen und Mädchen entführt – mindestens 2000 sind bis heute vermisst. Die
- 9 Verschleppung, Versklavung und die Vergewaltigungen der Frauen und die Ermordung der
- 10 Männer wurden von Beginn an systematisch durch den IS sowohl im Irak als auch in
- 11 Syrien eingesetzt, um Jesid\*innen in ihrer Gesamtheit und Geschlossenheit über Generationen hinweg
- zu zerstören.
- 12 Die gesellschaftliche Ausgrenzung und Verfolgung im Irak als ethno-religiöse
- 13 Gemeinschaft durch die muslimisch geprägte Mehrheitsgesellschaft ist bis heute
- 14 Realität. Schätzungsweise leben hierzulande etwa 250.000 Jesid\*innen – die größte jesidische
- Diaspora-Gemeinschaft weltweit. Doch **vielen von ihnen droht die**
- 15 **Abschiebung zurück nach Irak.** - Viele überlebende Jesid\*innen in Deutschland bedürfen
- 16 heute immer noch aufgrund ihrer schweren körperlichen, aber insbesondere auch
- 17 psychischen Traumata, besonderen Schutz und Unterstützung.
- 18 Wir fordern bundesweit einen Abschiebestopp dieser Personengruppe.

## Antrag IR01: Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen

Laufende Nummer: 25

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Berlin
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD wird in den ihr zur Verfügung stehenden Gremien eine zügige rechtliche
- 2 Prüfung eines Verbotes der Partei „Alternative für Deutschland“ anstoßen und bei
- 3 erfolgreicher Prüfung einen Verbotsantrag stellen.

## Antrag IR02: Kampf gegen Rechtsextremismus = Kampf gegen Antifeminismus

Laufende Nummer: 72

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD wird in allen ihren Gliederungen und auf allen ihren Ebenen aufgefordert,
- 2 sich aktiv gegen antifeministische, femonationalistische sowie gegen biologistisch-
- 3 sexistische, diversitäts- und transfeindliche Narrative einzusetzen – auch dort, wo
- 4 sie im Gewand von „Tradition“, Religion oder vorgeblicher „Sorge um die
- 5 gesellschaftliche Entwicklung“ vorgebracht oder als „anti-woke“ scheinbar verharmlost
- 6 werden.
- 7 Die SPD wird in allen Gliederungen und auf allen Ebenen aufgefordert, sich und die
- 8 Öffentlichkeit auf geeigneten Veranstaltungen darüber zu informieren, dass
- 9 Antifeminismus integraler, ja zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologien
- 10 weltweit ist und überall als wirksamer „Hebel“ verwendet wird, um Einverständnis
- 11 unter und mit Rechtsextremen herzustellen, deren gesellschaftliche Plattform zu
- 12 verbreitern und eine Agenda gegen Menschenrechte und die freiheitliche Demokratie
- 13 voranzubringen.

## Antrag IR03: Nein zur Wehrpflicht für Frauen

Laufende Nummer: 5

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Wehrdienst für Frauen – freiwillig, na klar. Wehrpflicht für Frauen – nicht mit uns.
- 2 Debatten rund um eine eventuelle Wehrpflicht für beide Geschlechter sind
- 3 allgegenwärtig.
- 4 Unabhängig davon, ob wir eine Wehrpflicht für Männer befürworten oder nicht, steht
- 5 für uns fest, eine Wehrpflicht für Frauen darf es nicht geben.
- 6 Die beiden Aussagen im Grundgesetz, dass niemand wegen seines Geschlechts
- 7 unterschiedlich behandelt werden darf und gleichzeitig, dass die Wehrpflicht nur für
- 8 Männer gilt, sind kein Widerspruch. Beide Normen befinden sich auf derselben
- 9 Rechtsebene, der Verfassung, somit kann eine die andere nicht verletzen. Die
- 10 Wehrpflicht für Männer stellt eine Ausnahme zum Grundsatz der Gleichbehandlung der
- 11 Geschlechter dar.
- 12 Aus dem Blick der SPD FRAUEN ist der 2. Absatz im Artikel 3 GG von besonderer
- 13 Bedeutung. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von
- 14 Frauen und Männern und wirkt aktiv auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- 15 Frauen in Deutschland sehen sich in der Gesellschaft zahlreichen bestehenden
- 16 Nachteilen gegenüber: Gender-Pay-Gap, Gender-Pension-Gap, Gender-Care-Gap, Gender-
- 17 Time-Gap, die Gläserne Decke, fehlende Parität u.v.m. Der Staat hat die konkrete
- 18 Verpflichtung, all diese strukturierte Diskriminierung von Frauen abzumildern und zu
- 19 beseitigen. Dies beinhaltet auch ein generelles Verschlechterungsverbot im Bereich
- 20 der Gleichstellung durch bewusstes staatliches Handeln. Die Einführung einer
- 21 Wehrpflicht für Frauen würde alle Benachteiligungsbereiche von Frauen deutlich
- 22 vertiefen.
- 23 Deshalb: Keine Wehrpflicht für Frauen.

## Antrag IR05: Trotz Großer Koalition bleiben wir dran: Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen jetzt!

Laufende Nummer: 11

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Aktuelle Umfragen belegen die breite gesellschaftliche Unterstützung für eine Reform:  
2 83% der Bevölkerung sprechen sich für die Entkriminalisierung des  
3 Schwangerschaftsabbruchs aus (repräsentative Ipsos-Umfrage im Auftrag des Bündnisses  
4 für sexuelle Selbstbestimmung, Dezember 2022). Uns ist bewusst, dass eine  
5 CDU-geführte Koalition auf Bundes- oder Landesebene die Umsetzung dieser Forderungen  
6 erschwert. Gerade deshalb muss die SPD alle parlamentarischen und  
7 außerparlamentarischen Hebel in Bewegung setzen, um den jahrzehntelangen Kampf für  
8 Selbstbestimmung und Gleichstellung endlich zum Erfolg zu führen und das Urteil von  
9 1993 zu überwinden.
- 10 Dazu gehört insbesondere:
- 11 1. Entkriminalisierung umsetzen: Die SPD-Bundestagsfraktion legt noch in dieser  
12 Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vor, der Schwangerschaftsabbrüche  
13 vollständig aus dem Strafgesetzbuch streicht und in das  
14 Schwangerschaftskonfliktgesetz überführt.
  - 15 2. Beratung & Information sichern: Ein flächendeckendes, plurales, kostenfreies und  
16 barrierefreies Netz staatlich anerkannter  
17 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen muss erhalten und ausgebaut werden.  
18 Ungewollt Schwangere müssen eine gut informierte Entscheidung treffen können.  
19 Ein Rechtsanspruch auf qualifizierte, anonyme, kostenlose, ergebnisoffene und  
20 barrierefreie Beratung insbesondere zu Aspekten von Sexualität, Familienplanung,  
21 Verhütung, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch muss in staatlich  
22 anerkannten Beratungsstellen beibehalten werden. Bei der Feststellung einer  
23 Schwangerschaft durch eine\*n Ärzt\*in ist die Schwangere auf vorhandene  
24 Beratungsmöglichkeiten hinzuweisen und Kontaktdaten staatlich anerkannter  
25 regionaler Beratungsstellen auszuhändigen.
  - 26 3. Medizinische Versorgung garantieren: Der Versorgungsauftrag (§ 13 Abs. 2 SchKG)  
27 der Länder muss durch genügend ambulante und stationäre Einrichtungen gesichert  
28 werden. Dies müssen einerseits die Kassenärztlichen Vereinigungen bei der  
29 Sicherstellung der Versorgung und andererseits die Länder bei den  
30 Krankenhausbedarfsplänen berücksichtigen. Es muss in dieser Legislatur eine  
31 klare Bundesregelung geben, um telemedizinische medikamentöse Abbrüche  
32 rechtssicher zu ermöglichen. Hierzu gehört ebenso die Kostenübernahme bei (Not-  
33 )Verhütungsmitteln. Besonders im ländlichen Raum und für marginalisierte Gruppen  
34 sind gezielte  
35 Förderprogramme aufzulegen, um Versorgungslücken zu schließen. Um ein  
36 flächendeckendes Angebot sicherzustellen, werden Krankenhäuser mit einer  
37 gynäkologischen Abteilung, die öffentliche Mittel erhalten, dazu verpflichtet

Schwangerschaftsabbrüche als medizinische Grundversorgung anzubieten.

4. Gehsteigbelästigungen unterbinden: Der Schutzradius vor Beratungsstellen, Kliniken und Praxen zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen muss auf mindestens 200 m erweitert werden.

5. Aus- und Weiterbildung verbessern: Wir begrüßen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Passus, die medizinische Weiterbildung rund um Schwangerschaftsabbrüche zu stärken. Diese müssen ein verpflichtender Bestandteil im Medizinstudium und in der gynäkologischen Facharztweiterbildung sein.

6. Kostenübernahme sicherstellen: Wir begrüßen zudem die im Koalitionsvertrag ausgewiesene Erweiterung der Kostenübernahme und fordern, dass diese vollständig übernommen werden. Hierzu gehört die entsprechende Ausstattung der GKV. Ärzt:innen, die Abbrüche durchführen, müssen angemessen vergütet werden, damit die Versorgung nachhaltig gewährleistet ist.

7. Prävention stärken: Wir fordern umfassende Sexualaufklärung an Schulen, wobei auf eine einheitliche Aufnahme des Themenfelds in die Curricula der Länder hinzuwirken ist.

8. Reproduktive Selbstbestimmung als Grundrecht verankern: Die Bundesregierung legt einen Gesetzgebungsfahrplan zur Verankerung der reproduktiven Selbstbestimmung im Grundgesetz vor. Damit wird klargestellt: Das Recht auf körperliche und reproduktive Autonomie gehört zum Kernbestand der Grund- und Menschenrechte.

## Antrag IR07: Nur “Ja” heißt “Ja”: Sexualstrafrecht reformieren, Artikel 36 der Istanbul-Konvention in deutsches Recht umsetzen jetzt!

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus, im Senat, im Bundestag und  
2 in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das  
3 Sexualstrafrecht in Deutschland basierend auf dem Konzept des Einverständnis  
4 reformiert und Artikel 36 der Istanbul-Konvention endlich in deutsches Recht  
5 umgesetzt wird.

6 Die Kernpunkte des Reformauftrages:

7 1. **§ 177 StGB reformieren:** Jede nicht einverständliche sexualisierte Handlung soll  
8 zentraler Grundtatbestand werden – konventionskonform, klar definiert  
9 („freiwillig und in Kenntnis der Umstände“), mit beispielhaften Indizien für  
10 Einverständnis bzw. dessen Fehlen. Das Einverständnis muss frei und aufgeklärt,  
11 spezifisch, im Voraus und widerruflich sein.

12 2. **Definition und Auslegungshilfen gesetzlich verankern:** Klarstellung, dass  
13 Passivität kein Einverständnis ist; Berücksichtigung von Angst, Schockstarre  
14 (“Freeze”), Abhängigkeits- und Machtdynamiken, sowie begleitende Leitlinien für  
15 Strafverfolgung/Justiz.

16 3. **Flankierende Maßnahmen:** Pflichtfortbildungen für Polizei/StA/Gerichte;  
17 spezialisierte Zuständigkeiten; Ausweitung der vertraulichen Spurensicherung mit  
18 dem Ziel bundesweit flächendeckende Angebote zu schaffen; verlässliche  
19 Statistik; verbindliche Qualitätsstandards für Opferrechte und Beratung, Ausbau  
20 sexualpädagogischer Bildungsangebote, sowie die Umsetzung des Artikel 35 der  
21 Gewaltschutz-Richtlinie (EU Richtlinie 2024/1385).

22 4. **Strafmaß evaluieren:** Deutschland braucht eine klare und differenzierte  
23 Strafzumessung

24 im Sexualstrafrecht, die die Verhältnismäßigkeit wahrt. Die Mindeststrafen sollen  
25 überprüft werden, [um Konsistenz im Strafrecht herzustellen](#), insbesondere in Hinblick  
26 auf das Strafmaß. Schutzlücken sollen geschlossen werden., damit Gerichten keine  
27 Hintertüren für pauschale Absenkungen gelassen werden. Eine  
28 begleitendewissenschaftliche Evaluation soll nach drei Jahren prüfen, ob Strafmaß und  
29 Anwendungspraxis den Schutzzielen entsprechen.

## Antrag IR09: Aufnahme von sexueller Belästigung im öffentlichen Raum als Straftatbestand

Laufende Nummer: 44

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Berlin
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden aufgefordert, die Initiative der
- 2 SPD-Bundestagsfraktion zu unterstützen, das Sexualstrafrecht in Deutschland zu
- 3 modernisieren und sexuelle Belästigung unter Strafe zu stellen.
- 4 Konkret soll sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum, einschließlich digitaler
- 5 Räume (sog. Catcalling) als eigener Straftatbestand erfasst werden. Dies umfasst
- 6 insbesondere verbale, nonverbale oder gestische sexuelle Belästigungen wie
- 7 Nachpfeifen, anzügliche Zurufe, aufdringliches Hinterherlaufen oder aufdringliches
- 8 Verhalten im digitalen Raum. Diese Handlungen sollen ausdrücklich als eigener
- 9 Straftatbestand erfasst werden. Sanktionen sollen abgestuft ausgestaltet sein: von
- 10 empfindlichen Geldstrafen bis zu Freiheitsstrafen bei wiederholter oder besonders
- 11 schwerwiegender Belästigung.

## Antrag IR10: Abschaffung der Verjährungsfrist bei Vergewaltigung (§ 177 StGB) und sexuellem Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB)

Laufende Nummer: 78

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV NRW
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird erneut aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur  
2 Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) zu erarbeiten und in den Deutschen Bundestag  
3 einzubringen, mit dem Ziel:
- 4 • Analog zu Straftaten nach § 211 StGB (Mord) die Anwendung der  
5 Verjährungsregelung gemäß § 78 StGB bei Straftaten nach § 177 StGB  
6 (Vergewaltigung) sowie § 176 StGB (sexueller Missbrauch von Kindern)  
7 abzuschaffen – unabhängig davon, ob die Tat mit oder ohne Todesfolge begangen  
8 wurde.
  - 9 • Die Abschaffung der Verjährungsfrist soll auch für bereits zurückliegende Fälle  
10 gelten, um Betroffenen eine nachträgliche strafrechtliche Verfolgung zu  
11 ermöglichen.

12

## Antrag IR12: Effektive gesetzliche Reglementierung von KI-generierten Deepfakes und konsequente Bekämpfung sexualisierter digitaler Gewalt gegen Frauen

Laufende Nummer: 39

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Thüringen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung
- 2 werden aufgefordert, sich für eine eindeutige gesetzliche Regulierung von KI-
- 3 generierten Deepfakes (gefälschte oder manipulierte digitale Medieninhalte),
- 4 insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt gegen Frauen, einzusetzen. Hierzu sind
- 5 unter anderem folgende Maßnahmen zu prüfen und soweit möglich umzusetzen:
- 6 -Einführung eines strafrechtlichen Verbots der Herstellung, Verbreitung und
- 7 Veröffentlichung sexualisierter, gewaltverherrlichender und gezielt schädigender
- 8 Deepfake-Inhalte ohne ausdrückliche Zustimmung der dargestellten Personen,
- 9 -Schaffung einer schnellen Melde- und Löschpflicht für Plattformbetreiber bei
- 10 rechtswidrigen Inhalten,
- 11 -Verpflichtung von KI-Anbietern zur technischen Kennzeichnung generierter Inhalte (z.
- 12 B. digitale Wasserzeichen),
- 13 -Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten für Betroffene, einschließlich rechtlicher
- 14 Unterstützung und psychosozialer Beratung.
- 15 - bundesweite Aufklärungs- und Präventionskampagnen zu digitaler sexualisierter
- 16 Gewalt, die insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sensibilisieren
- 17 - Einrichtung einer europaweiten Koordinierungsstelle gegen Deepfake-Missbrauch, um
- 18 Ermittlungen und Löschverfahren zu beschleunigen.

# Antrag IR15: Aufenthaltsrechtlicher Schutz für gewaltbetroffene Migrantinnen

Laufende Nummer: 34

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Thüringen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD FRAUEN fordern erneut die SPD, die sozialdemokratischen Minister\*innen in der  
2 Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Reform des  
3 Aufenthaltsrechts einzusetzen, die den Schutz von von Gewalt betroffener Migrantinnen  
4 sicherstellt und ihre Selbstbestimmung stärkt.
- 5 Konkret fordern wir:
- 6 Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Betroffene
- 7 •§ 31 Aufenthaltsgesetz ist so zu reformieren, dass gewaltbetroffene Migrantinnen ein  
8 eigenständiges Aufenthaltsrecht unabhängig vom Fortbestand einer Ehe oder  
9 Lebensgemeinschaft erhalten.
- 10 •Der Nachweis erlebter Gewalt darf nicht zu übermäßigen Hürden führen. Eine plausible  
11 Darlegung durch Betroffene, ggf. gestützt durch Beratungsstellen, muss ausreichen.
- 12 •Das Aufenthaltsrecht ist dauerhaft zu sichern und darf nicht von einer  
13 nachträglichen Abhängigkeit von Einkommen, Ehe oder Partnerstatus abhängig gemacht  
14 werden.
- 15 Verpflichtende Beratung durch Ausländerbehörden
- 16 •Ausländerbehörden müssen eine gesetzlich verankerte Beratungspflicht gegenüber  
17 gewaltbetroffenen Frauen erfüllen.
- 18 •Dabei sind sie verpflichtet, auf Rechte nach dem Aufenthaltsgesetz, auf  
19 Schutzmöglichkeiten und auf Hilfsangebote hinzuweisen.
- 20 •Die Zusammenarbeit mit Fachberatungsstellen und Frauenhäusern muss verpflichtend und  
21 strukturell abgesichert sein.
- 22 Gesicherter Zugang zu Schutz und Sozialleistungen
- 23 •Gewaltschutz darf nicht am Aufenthaltsstatus scheitern. Migrantinnen müssen  
24 unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zugang zu Frauenhäusern,  
25 Fachberatungsstellen und Sozialleistungen haben.
- 26 •Notwendige Leistungen (z. B. Unterbringung, medizinische Versorgung, psychosoziale  
27 Unterstützung) müssen unabhängig von Leistungsausschlüssen im  
28 Asylbewerberleistungsgesetz oder anderen aufenthaltsrechtlichen Regelungen garantiert  
29 sein.
- 30 •Finanzierungsfragen sind dauerhaft und bundeseinheitlich zu klären, sodass Schutz  
31 nicht vom Wohnort abhängt.

## Antrag IR17: Individuelles Asylrecht erhalten

Laufende Nummer: 68

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Bundestagsabgeordneten und -Minister\*innen sowie die SPD-Mitglieder des
- 2 Europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich allen Versuchen entgegenzustellen,
- 3 das individuelle Asylrecht noch weiter als schon geschehen auszuhöhlen,
- 4 beispielsweise durch „Obergrenzen“, feste Kontingente oder pauschale
- 5 „Rückführungs“szenarien.
- 6 Insbesondere darf es unter keinen Umständen irgendwelche Zugeständnisse von in
- 7 Verantwortung befindlichen SPD-Politiker\*innen an die rassistisch motivierte
- 8 „Remigrations“-Rhetorik der AfD geben – nicht verbal und schon gar nicht in der
- 9 Praxis!

## Antrag IR18: Bezahlkarte“ ist ein Irrweg!

Laufende Nummer: 71

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich nachdrücklich dafür einsetzen, das
- 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) dahingehend zu ändern, dass die sog.
- 3 „Bezahlkarte“ als Form der Leistungserbringung wieder gestrichen wird und die Länder
- 4 und Kommunen keine eigenen Regelungsmöglichkeiten hinsichtlich der Bezahlkarte“
- 5 erhalten.
- 6 Sie wird zudem aufgefordert, keine Bestrafung von Personen zu ermöglichen oder
- 7 zuzulassen, die es unternehmen, Asylbewerber\*innen durch Tauschaktionen o.Ä. größere
- 8 Mengen an Bargeld als 50 € zur Verfügung zu stellen.
- 9 Darüber hinaus gibt es Bestrebungen z.B. in Hamburg über die Ausweitung der
- 10 „Bezahlkarte“ auch für u.a. Jugendlichen, die Sozialleistungen bekommen.
- 11 Dieser weitere Einsatz der „Bezahlkarte“ soll weder vom Bund noch von den Ländern
- 12 weiter verfolgt oder geprüft werden – die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert,
- 13 sich ausdrücklich gegen einen Einsatz der „Bezahlkarte“ auszusprechen.

## Antrag IR19: Steuergerechtigkeit nicht nur beschließen, sondern umsetzen!

Laufende Nummer: 47

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Berlin
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD setzt sich im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene mit
- 2 Nachdruck und Priorität für die schnellstmögliche Umsetzung der bereits beschlossenen
- 3 Reformen für ein (geschlechter-)gerechtes Steuersystem in Deutschland ein. Dies gilt
- 4 insbesondere im Hinblick auf Steuern auf die Weitergabe von Vermögen wie die
- 5 Erbschaft- und Schenkungssteuer.
- 6 Konkret wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich öffentlich und in
- 7 Verhandlungen mit den Koalitionspartner\*innen konsequent für die Umsetzung der im
- 8 Bundeswahlprogramm 2025 und in den Beschlüssen des Bundesparteitags vom Juni 2025
- 9 festgelegten Maßnahmen einzusetzen. Dazu gehört insbesondere die effektive
- 10 Mindestbesteuerung für große Unternehmensvermögen, um die vom
- 11 Bundesverfassungsgericht monierten, ungerechtfertigten Privilegien für die höchsten
- 12 Vermögen zu beenden.

## Antrag IR20: Altruistische Eizellenspende ermöglichen

Laufende Nummer: 74

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 *Die SPD-Frauen-Bundeskonferenz möge beschließen:*
- 2 Dass die aktuelle Gesetzeslage mit einem Verbot der Eizellspende so verändert wird,
- 3 dass eine unentgeltliche Eizellenspende im nahen persönlichen Umfeld möglich ist.
- 4 Auch überschüssige eingefrorene Eizellen und imprägnierte Eizellen von In-vitro-
- 5 Fertilisation und Social Freezing sollen in Zukunft zur Eizellspende genutzt werden
- 6 können. Die neue Regelung kann und sollte über Anpassungen und Ergänzungen in
- 7 Gesetzen in „verwandten“ Themenfeldern wie z. B. Samenspenderregister,
- 8 Lebendorganspende, rechtswidrige Organentnahme, Abstammungsregelung erfolgen. Bei
- 9 allen Regelungen ist das Thema umfassende Beratung und Information für alle
- 10 Beteiligten (Wunscheltern, Eizellenspenderinnen und Kinder) zu berücksichtigen.

## Antrag IR21: Kein Register für Nutzende des Selbstbestimmungsgesetzes!

Laufende Nummer: 107

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die Bundeskonferenz stärkt der SPD Bundestagsfraktion und den SPD-
- 2 Regierungsmitglieder hinsichtlich ihrer Haltung bezüglich des
- 3 Selbstbestimmungsgesetzes den Rücken.
- 4 Die geplante „Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in
- 5 Bezug auf den Geschlechtseintrag im Meldewesen“, die ein ‚Sonderregister‘ für alle
- 6 vorsieht, die das SBGG nutzen oder genutzt haben, lehnen wir als SPD entschieden ab.
- 7 Wir wollen ein echtes Offenbarungsverbot, das auch potentiellen vor staatlichen
- 8 Repressionen schützt.
- 9 Wir stehen ein für Datenschutz und den Schutz von Privatsphäre, wie er auch bei
- 10 anderen Personenstandsänderungen wie Heiraten, Namensänderungen oder Adoptionen
- 11 gewahrt bleibt.
- 12 Wir haben aus der Geschichte gelernt. Sonderregister haben nur einen Sinn: Gruppen
- 13 gesondert zu behandeln und so aus der Mitte der Gesellschaft auszugrenzen (Jüdinnen
- 14 und Juden, behinderte Menschen, §175, ...). Sie machen Menschen verletzlich gegenüber
- 15 Repression.

## Antrag Ini: Sicherung der Geburtshilfe – Überarbeitung des neuen Hebammenhilfevertrags

Laufende Nummer: 109

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass der GKV-Spitzenverband (GKV-SV) den am 2. April 2025 im
- 3 Schiedsstellenverfahren beschlossenen Hebammenhilfevertrag zurücknimmt oder
- 4 grundlegend überarbeitet.
- 5 Zudem werden die SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, das
- 6 Bundesministerium für Gesundheit (BMG) dazu zu bewegen, gemeinsam mit den
- 7 Hebammenverbänden, den Ländern und den betroffenen Einrichtungen die Ziele des
- 8 Aktionsplans „Gesundheit rund um die Geburt“ konsequent weiterzuverfolgen und sich
- 9 klar gegen den aktuellen Schiedsspruch zu positionieren.

## Antrag Org01: Bundeseinheitliche Reisekostenrichtlinie

Laufende Nummer: 31

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Bezirk Nord-Niedersachsen
<b>Status:</b>	Sonstiges Überweisung an den BuVo als Arbeitsauftrag
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Sonstiges Überweisung an den SPD PV als Arbeitsauftrag
<b>Sachgebiet:</b>	Org - Organisatorisches

- 1 Wir fordern die Einführung einer bundeseinheitlichen Reisekostenrichtlinie als  
2 Mindeststandard mit Berücksichtigung folgender Aspekte:
- 3 1. Geltungsbereich
- 4 Diese Regelungen gelten für die gewählten Vorstandsmitglieder der SPD und Delegierten  
5 für Parteitage der SPD sowie für Personen, die von Vorständen der SPD mit der  
6 Teilnahme an Vorstandssitzungen, Veranstaltungen oder Parteitagen beauftragt wurden.  
7 Die Regelungen gelten analog für die Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und  
8 Projektgruppen der SPD.
- 9 2. Fahrkostenerstattung
- 10 Für die Erstattung der Fahrkosten gilt das Entsendeprinzip. Die entsendenden Gremien  
11 entscheiden grundsätzlich in eigener Verantwortung über die Auslagen- und  
12 Fahrtkostenerstattung. Dabei muss jedoch der folgende Mindeststandard gewahrt werden:
- 13 • Anreise per Bahn
- 14 Für die Anreise per Bahn sind vom entsendenden Organ mindestens die nachgewiesenen  
15 Fahrtkosten (2. Klasse) zu erstatten. Grundsätzlich sind nur die Fahrten zwischen der  
16 Zahlorganisation laut MAVIS (Ortsverein, in dem die Mitgliedschaft besteht) und dem  
17 Tagungsort zu erstatten. In Einzelfällen kann die Geschäftsführung anders  
18 entscheiden.
- 19 b) Anreise per PKW
- 20 Bei der Anreise per PKW sind mindestens 0,30 € pro gefahrenen Kilometer zu erstatten.  
21 Für die Mitnahme weiterer mit der Teilnahme an der Sitzung beauftragter Personen im  
22 Sinne der Nr. 1 sind zusätzlich 0,05 € pro gefahrenen Kilometer zu erstatten.
- 23 3. Übernachtungskosten
- 24 Die Kosten für notwendige Übernachtungen sind zu übernehmen. Eine Übernachtung vor  
25 Beginn einer Sitzung wird i.d.R. als notwendig angesehen, wenn die Anreise zu der  
26 Sitzung vor 6:00 Uhr des Sitzungstages beginnen muss, um an der Sitzung rechtzeitig  
27 teilnehmen zu können.

## Antrag Org02: Quotierte Redeliste

Laufende Nummer: 58

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Bayern
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Org - Organisatorisches

- 1 Wir fordern, dass die Beratungen auf allen Parteitag und in Gremien nach dem
- 2 Prinzip der quotierten Redeliste erfolgt. Hierbei erhalten Männer und Frauen jeweils
- 3 abwechselnd das Wort. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau mehr auf der
- 4 Redeliste, so ist die Debatte beendet, wenn seit Beginn oder seit der letzten
- 5 Fortführung der Debatte wenigstens drei Redebeiträge erfolgten. Auf Antrag kann die
- 6 Debatte fortgeführt werden. Dies ist jedoch nur zwei Mal möglich. Die Satzungen und
- 7 das Organisationsstatut sind entsprechend zu ändern.

## Antrag Org04: Monitoring der Antragsumsetzung

Laufende Nummer: 65

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Org - Organisatorisches

- 1 Zur Nachverfolgung und zur Überprüfung der weiteren Entwicklung von verabschiedeten
- 2 Anträgen in den Gremien der Partei wird ein webbasiertes Monitoring entwickelt, das
- 3 den Antragstellenden bzw. den Parteimitgliedern die Möglichkeit gibt, Stand der
- 4 Umsetzung der Beschlüsse einzusehen.

## Antrag Org06: Geschlechterparität bei allen politischen Veranstaltungen

Laufende Nummer: 95

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Org - Organisatorisches

- 1 Die SPD und ihre Gliederungen werden erneut dazu aufgefordert, Podien, auf denen
- 2 ausschließlich männliche Teilnehmer vertreten sind (sog. "All-Male Panels"), als
- 3 Veranstalterin sowie als Teilnehmende zu vermeiden. Geschlechtergerechtigkeit muss
- 4 auch auf Podien gelebt werden. Falls eine Vermeidung der Teilnahme in begründeten
- 5 Ausnahmefällen nicht möglich ist, soll dies transparent gemacht und erklärt werden.
- 6 Frauen, inter\*, nicht-binäre und trans Personen müssen aktiv einbezogen werden.
- 7 Die SPD, ihre Mitglieder und ihre Gliederungen werden dazu angehalten, in ihren
- 8 Veranstaltungen auf eine diverse Besetzung zu achten. Dies kann durch eine
- 9 frühzeitige und bewusste Auswahl von Referierenden geschehen. Zudem sollten
- 10 Veranstalter\*innen alternative Formate in Betracht ziehen, wenn eine
- 11 geschlechtergerechte Besetzung nicht möglich ist. Eingeladene Mitglieder sollen
- 12 ebenso All-Male Panels vermeiden und im Zweifel in Rücksprache mit Genoss\*innen und
- 13 Veranstalter\*innen auf geschlechtergerechte Podien hinwirken.

# Antrag Gl01: Mehr Demokratie wagen heißt mehr Feminismus wagen – Feministische Strukturen in der SPD etablieren!

Laufende Nummer: 56

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gl - Gleichstellung

1 Seit gut 160 Jahren hat die SPD wie keine andere Partei von Ost bis West und Nord bis  
2 Süd unzählige erfolgreiche Politikerinnen hervorgebracht, die unsere Gesellschaft  
3 geprägt und das Leben der Menschen verbessert haben.

4 Dass gerade die SPD es war, die z.B. die erste Ministerpräsidentin eines Landes, die  
5 erste Bundestagspräsidentin oder die erste Frauenministerin hervorbrachte, ist kein  
6 Zufall. Auch der Gleichstellungsgrundsatz in unserer Verfassung ist Verdienst einer  
7 Sozialdemokratin. Für uns ist Gleichstellung keine leere Phrase, sie ist Teil der DNA  
8 unserer Partei. Unser Bekenntnis dazu findet sich schon bei August Bebel 1879  
9 (Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und  
10 Gleichstellung der Geschlechter) und wurde zuletzt im Hamburger Programm von 2007  
11 (Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden) erneuert.  
12 Insbesondere Wählerinnen haben dies in der Vergangenheit bemerkt und mit ihrem  
13 Vertrauen honoriert.

14 Doch unsere Gesellschaft ist im Wandel und die in ihr ausgetragenen Konflikte und  
15 Verwerfungen haben Auswirkungen bis in unsere Partei hinein. Der Druck auf Frauen  
16 steigt nicht nur gesellschaftlich, sondern auch innerparteilich. Unsere Antwort als  
17 Partei darauf muss es sein, mehr Feminismus zu wagen, wo wir es können - und das ist  
18 in erster Linie bei uns selbst. Wir brauchen starke Bekenntnisse, klare Regeln und  
19 Handlungen, die vom Verfassungsauftrag getragen sind.  
20 Antifeminismus muss gezielt und strategisch bekämpft werden und dafür sind alle  
21 Ebenen und Strukturen der SPD in der Verantwortung.

22

Darum stellen wir SPD-Frauen folgende Forderungen auf:

- 23 • Im neuen Grundsatzprogramm beruft sich die SPD auf ihre emanzipatorischen  
24 Wurzeln und bekennt sich klar zum Intersektionalen Feminismus
- 25 • In den Wahlprogrammen der SPD ist Feminismus in allen Verschränkungen von  
26 Lebensrealitäten und Dimensionen (Alter, Geschlecht, körperliche und geistige  
27 Fähigkeiten, soziale Herkunft, Migrationsgeschichte oder Migrationserbe,  
28 sexuelle Orientierung) Basis. Sie wird allem politischen Handeln zugrunde  
29 gelegt.
- 30 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zu Parität. Parität ist mit Leben zu füllen.  
31 Wir  
32 fordern landes- und bundesweite Paritätsgesetze.
- 33 • Bei Listenaufstellungen, Gremienbesetzungen u.ä., bei denen Frauen Männer nicht

zu 50 % benannt werden können, ist auf der über die Liste/das Gremium entscheidenden Versammlung schriftlich darzulegen, welche Bemühungen für die Gewinnung von Frauen unternommen wurden

- Wir fordern, dass die parteiinterne Vorgehensweise der paritätischen Besetzung von Parlamenten ab der Listenaufstellung Berücksichtigung findet. Dafür werden die Listen für die Kommunal- und Landesparlamente und den Bundestag mit einer Frau\* beginnen, bis mindestens Parität auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene hergestellt ist.
- Zudem fordern wir die Anpassung der Statuten mit dem Ziel, Verschiebungen zu Gunsten eines Geschlechts durch direkt errungene Mandate auszuschließen. In aussichtsreichen Wahlkreisen für Landesparlament und Bundestag sollte mindestens paritätisch besetzt werden. Dies kann nach einer Abstimmung der weiblichen Delegierten einstimmig einmalig außer Kraft gesetzt werden.
- Für die Besetzung öffentlicher Ämter und Gremien sind solange ausschließlich Frauen vorzuschlagen, bis auf der betreffenden Ebene ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis besteht
- Im WBH wird eine hauptamtliche Stelle "Gleichstellung" wieder installiert und in Vollzeit dauerhaft besetzt. Die Stelle wird mit einer Person besetzt, die nicht dem überrepräsentierten Geschlecht in der SPD angehört. Die Person hat außerdem eine Stellvertretung.
- Es werden Strukturen und Anlaufstellen geschaffen, die weibliche Hauptamtliche vor Machtmissbrauch und Übergriffen schützen.
- Die SPD führt alle 3 Jahre eine parteiinterne Umfrage zur Situation von Frauen in der SPD durch, in der neben Rückmeldungen zu diskriminierenden Erfahrungen auch Gründe dafür beleuchtet werden, warum Frauen sich nicht aktiv in die Parteiarbeit einbringen (können) u.ä.
- NRW-Frauen haben bereits einen Erfahrungsberichts in Form des Antrags GL10 vorgelegt. Andere Landesverbände sind eingeladen, dem zu folgen.
- Im PV wird eine Beauftragte für Gleichstellung eingeführt, die analog zur Europabeauftragten auf dem BPT gewählt wird
- Der Beitrag von Geschlechtergerechtigkeit für eine stabile und vitale Demokratie muss stärker ins Bewusstsein aller Menschen rücken. Individuelle Bekenntnisse von Berufspolitiker\*innen und Initiativen sind dafür nicht ausreichend. Zudem ist eine zielgruppenspezifische politische Bildung, Medienkompetenz und Kommunikation mit unterschiedlichen Interessensgruppen nötig. Die brauchen passgenaue Formate, auch im Bereich der Social-Media. Diese können nicht von den SPD FRAUEN oder den AG's aus eigener Kraft entwickelt werden, sondern braucht ein konsistentes Konzept, das vom Parteivorstand und dem WBH erarbeitet wird und mit technischer Hilfestellung versehen, der Parteibasis zur Verfügung gestellt wird.



## Antrag Gl03: Vielfalt ist Stärke

Laufende Nummer: 46

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Berlin
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Gl - Gleichstellung

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestags und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich
- 3 dafür einzusetzen, dass sich künftig Unternehmen in Deutschland ab 100
- 4 Mitarbeiter:innen dazu verpflichten, DEI (engl. Diversity, Equity, Inclusion; de:
- 5 Diversitäts-, Gleichberechtigungs- und Inklusions-) Programme umzusetzen. Die
- 6 Programme müssen notwendige Bedingung sein, um als Unternehmen an öffentlichen
- 7 Ausschreibungen teilnehmen zu können. Darüber hinaus soll die Bundesregierung
- 8 gemeinsam mit der Charta der Vielfalt e. V., der deutschlandweit größten Initiative
- 9 für Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz, weitere Anreize für Unternehmen
- 10 ausarbeiten, sich aktiv um Antidiskriminierung, Diversität, Gleichberechtigung und
- 11 Inklusion am Arbeitsplatz zu bemühen.

## Antrag Gl04: Diversitätsziele verteidigen und konkrete Umsetzung weiterentwickeln!

Laufende Nummer: 79

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Gl - Gleichstellung

- 1 Die SPD-Bundestagsabgeordneten und -Minister\*innen sowie die SPD-Mitglieder des
- 2 Europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich dem Rollback der Förderung der
- 3 Diversitätsziele entgegenzustellen und sich auch weiterhin dafür einzusetzen, dass
- 4 mindestens die in Deutschland und auf EU-Ebene tätigen Unternehmen weiterhin die
- 5 Diversitätsziele einhalten. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, die öffentliche
- 6 Aufträge erhalten.
- 7 Zugleich werden SPD-MdB, -MEP und -Minister\*innen aufgefordert zu gewährleisten, dass
- 8 die genannten Ziele konkret beachtet und umgesetzt werden und ihre Einhaltung nicht
- 9 bloß behauptet wird. Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion sind einerseits nicht zum
- 10 Nulltarif zu bekommen und erfordern andererseits, dass Privilegien erkannt und
- 11 abgeschafft werden. Dies gilt nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch auf
- 12 allen Feldern der Politik, insbesondere in der Bildung.

## Antrag Gl05: Elternschaft gerecht gestalten – gleiche Rechte von Anfang an!

Laufende Nummer: 41

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen -KV Jena
<b>Status:</b>	Sonstiges Annahme Zeile 1-20 mit Änderung, ab Zeile 21 Überweisung an den BuVo
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Sonstiges Annahme Zeile 1-20 mit Änderung, ab Zeile 21 Überweisung an den BuVo
<b>Sachgebiet:</b>	Gl - Gleichstellung

- 1 Die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Geburt und Elternschaft zeigen, welchen
- 2 Stellenwert Gleichberechtigung in einer Gesellschaft tatsächlich hat. Noch immer
- 3 orientieren sich viele Regelungen am Bild der alleinverantwortlichen Mutter und des
- 4 außenstehenden Vaters. Das entspricht weder der Lebensrealität noch dem Anspruch auf
- 5 gleichberechtigte partnerschaftliche Elternschaft.
- 6 Die SPD Frauen fordern deshalb:
- 7 1. kostenfreie Geburtsvorbereitung für alle Eltern:
- 8 Geburtsvorbereitung ist nicht nur medizinische Information, sondern auch ein
- 9 wichtiger Schritt zu geteilter Verantwortung. Aktuell übernehmen Krankenkassen die
- 10 Kosten in der Regel nur für die schwangere Person. Partner\*innen müssen die Teilnahme
- 11 selbst zahlen oder verzichten: Ein Signal, dass ihre Teilnahme nicht entscheidend
- 12 sei. Das schwächt von Anfang an die gleichberechtigte Rolle beider Eltern und
- 13 ignoriert vielfältige Familienmodelle. Kostenfreie Kurse für alle Elternteile stärken
- 14 die gemeinsame Vorbereitung, fördern Sicherheit in der Geburtssituation und legen die
- 15 Grundlage für eine faire Aufteilung der Sorgearbeit nach der Geburt.
- 16 Geburtsvorbereitung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern deswegen die
- 17 vollständige Kostenübernahme für die Teilnahme von Partner\*innen an
- 18 Geburtsvorbereitungskursen im Rahmen der Mutterschaftsrichtlinien. So wird
- 19 partnerschaftliche Verantwortung von Anfang an gestärkt und gleiche Teilhabe
- 20 ermöglicht.

# Antrag Gl06: Elterngeld als Gleichstellungsmotor endlich neu starten

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Landesverband Berlin
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Gl - Gleichstellung

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine umfassende Reform des  
2 Elterngeldes einzusetzen, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten  
3 des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ziel der Reform muss sein, Gleichstellung der  
4 Geschlechter aktiv zu fördern, finanzielle Benachteiligungen bei der Aufteilung von  
5 Sorge- und Erwerbsarbeit abzubauen und echte Wahlfreiheit für alle Familienmodelle zu  
6 schaffen. Insbesondere fordern wir:

## 7 **1. Gerechte Berechnungsgrundlage für das Elterngeld schaffen**

8 Künftig soll das Elterngeld so berechnet werden, dass es für Familien finanziell  
9 keinen Unterschied mehr macht, welcher Elternteil die Elternzeit übernimmt. Das  
10 gesamte Nettoeinkommen beider Elternteile soll als Berechnungsgrundlage herangezogen  
11 werden, mit einer sinnvollen Deckelung nach oben.

12 Alternativmodelle sind zu prüfen, z. B.:

- 13 • Orientierung des Elterngeldes am bundesdeutschen Medianeinkommen
- 14 • Einführung eines höheren Einkommensausgleichs (bis 100%) innerhalb einer  
15 vertretbaren Höchstgrenze

16 Bestehende Sonderregelungen für Selbständige, Alleinerziehende und  
17 Leistungsempfänger\*innen bleiben unangetastet oder müssen verbessert werden. Mehr-  
18 Eltern-Familienkonstellationen (z. B. gleichgeschlechtliche oder Patchworkfamilien)  
19 sollen künftig gleichberechtigt berücksichtigt werden.

## 20 **2. Inflationsausgleich und Dynamisierung der Elterngeldbezugsgrenze**

21 Seit 2007 hat keine Erhöhung, Inflationsausgleich oder Dynamisierung des Elterngeldes  
22 stattgefunden. Seitdem ist die Kaufkraft um 38 Prozent gesunken. Um dies  
23 auszugleichen, soll eine einmalige Sofort-Erhöhung des Elterngeldes um  stattfinden.  
24 Das Elterngeld und die Einkommensobergrenze für den Bezug von Elterngeld muss  
25 jährlich an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden, damit  
26 insbesondere der Mittelstand nicht dauerhaft benachteiligt wird.

## 27 **3. Flexibilisierung des parallelen Bezugs von Elterngeld**

28 Der derzeit stark eingeschränkte parallele Bezug von Elterngeld durch beide  
29 Elternteile soll flexibilisiert werden. Insbesondere in den ersten Lebenswochen nach  
30 der Geburt soll der parallele Bezug für mehr als nur einen Monat möglich sein. Ein  
31 paralleler Bezug während der Schutzfrist nach der Geburt (Mutterschutz, 6 bis 8  
32 Wochen) soll grundsätzlich ermöglicht werden (siehe auch „Familienschutz“ weiter  
33 unten). Wenn der zweite Elternteil sich auf mindestens vier bis sechs Monate  
34 Elterngeld festlegt, sollen zusätzliche parallele Bezugsmonate ermöglicht werden.

## 35 **4. Ausweitung der Partnermonate und Anreize für partnerschaftliche Aufteilung**

Die Anzahl der Partnermonate soll deutlich erhöht werden. Ein in anderen Ländern bereits bestehendes „6-6-6-Modell“ (die dritten 6 Monate nur nutzbar durch den jeweils anderen Elternteil) soll hier zum Vorbild genommen werden. Für eine gerechtere Aufteilung der Elternzeit zwischen beiden Elternteilen könnte bei gleichmäßiger Inanspruchnahme ein erhöhter Elterngeldsatz gezahlt werden.

#### **5. Reform der Hinzuverdienstgrenzen beim Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus**

Die bisherigen Hinzuverdienstgrenzen sollen abgeschafft oder hilfsweise deutlich angehoben werden. Auch bei höherem Einkommen sollen Eltern den vollen Elterngeldbetrag beziehen können, um Erwerbstätigkeit in Teilzeit nicht länger finanziell zu bestrafen. Die Anhebung der Zuverdienstgrenze auf das jeweilige Vollzeitäquivalent wird geprüft. Insbesondere der Partnerschaftsbonus ist in dieser Form nicht Anreiz genug und zu kompliziert, um die Arbeitsstunden zu reduzieren.

#### **6. Einführung einer Familienstartzeit und Ausbau des Familienschutzes**

Die Umsetzung einer Familienstartzeit ist überfällig. Deutschland muss die EU-Richtlinie, nachdem der zweite Elternteil zwei Wochen nach der Geburt bei vollem Lohn von der Arbeit freigestellt werden soll, umsetzen. Es soll eine gesetzliche, umlagefinanzierte Familienstartzeit von mindestens zwei Wochen bei 100 Prozent Lohnfortzahlung für den zweiten Elternteil eingeführt werden. Langfristig ist ein umfassender Familienschutz anzustreben, der beiden Elternteilen bereits vor der Geburt voll bezahlte Freistellung ermöglicht. Die bestehende 100-prozentige Lohnfortzahlung im Mutterschutz soll perspektivisch auf den zweiten Elternteil ausgeweitet werden.

#### **7. Gesellschaftlichen Wandel aktiv vorantreiben**

Wir fordern eine breit angelegte Aufklärungs- und Informationskampagnen, die die Bedeutung partnerschaftlicher Sorgearbeit, die Bindungstheorie und den volkswirtschaftlichen Nutzen gleichberechtigter Elternschaft verdeutlichen.

Väter, die keine Care-Arbeit übernehmen bzw. keine oder kaum Elternzeit nehmen, sollen gesellschaftlich nicht länger als Normalfall gelten. Gleichberechtigte Sorgearbeit muss zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden.

Ein Kündigungsschutz für den zweiten Elternteil ab Bekanntwerden der Schwangerschaft soll eingeführt werden, um frühzeitige und sichere Planungen auch gegenüber Arbeitgeber\*innen zu ermöglichen.

Für nicht-traditionelle Familienmodelle, insbesondere gleichgeschlechtliche, Patchwork- und Mehr-Eltern-Konstellationen, sind sämtliche noch bestehenden rechtlichen Hürden beim Elterngeldbezug vollständig zu beseitigen.

## Antrag Gl07: Antrag auf Einführung von Gender Budgeting im Sport durch ein Bundesgesetz

Laufende Nummer: 86

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV NRW
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Gl - Gleichstellung

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordern die Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, ein Bundesgesetz zur
- 3 Einführung von Gender Budgeting im Sport zu erarbeiten und umzusetzen. Ziel ist es,
- 4 sicherzustellen, dass öffentliche Mittel im Sportbereich künftig systematisch unter
- 5 einer Geschlechterperspektive geplant, vergeben und evaluiert werden, um
- 6 Chancengerechtigkeit und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu
- 7 erreichen.

# Antrag Gl08: Reduktion der geschlechtsspezifischen Lohnlücke in Unternehmen – Einführung einer deutschlandweiten Equal Pay Charta

Laufende Nummer: 96

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gl - Gleichstellung

1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine  
2 Initiative zu starten, der Unternehmen jeder Branche und Größe sich anschließen  
3 können. Mit der Einführung einer Equal Pay-Charta und der transparenten Erhebung von  
4 Lohnunterschieden setzen die Politik und Unternehmen ein klares Zeichen für die  
5 Gleichstellung und die Förderung einer gerechten Bezahlung für alle. Die  
6 geschlechtsspezifische Lohnlücke stellt eine fortdauernde Ungleichheit dar, die  
7 beseitigt werden muss.

8 30 Jahre ist es her, dass Artikel 3 Absatz 2 im Grundgesetz ergänzt wurde. Seitdem  
9 hat der Staat einen klaren Handlungsauftrag: die aktive Förderung der  
10 Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wie weit wir noch von echter  
11 Gleichstellung entfernt sind, zeigt uns nicht zuletzt die geschlechtsspezifische  
12 Lohnlücke von circa 20 Prozent. Höchste Zeit, dass sich das ändert. Durch eine faire  
13 Verteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit, mehr Zeitsouveränität, mehr Frauen in  
14 Führungspositionen, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für Familien und die  
15 Verbesserung des Entgelttransparenzgesetzes. Fehlanreize wie die Steuerklassen III  
16 und V gehören abgeschafft. Unser Ziel ist klar: Gleicher Lohn für gleiche und  
17 gleichwertige Arbeit muss selbstverständlich sein.

- 18 • Entgeltgleichheit „Equal Pay“ bei gleichwertiger Arbeit ist ein wichtiges Thema  
19 für Unternehmen.
- 20 • Arbeitgeber\*innenattraktivität: Faire Vergütungsstrukturen machen Unternehmen  
21 attraktiver für qualifizierte Fachkräfte.
- 22 • Mitarbeiter\*innenzufriedenheit und -bindung: Gleichberechtigung bei der  
23 Entlohnung fördert die Zufriedenheit und Loyalität der Mitarbeiter.
- 24 • Reputation: Ein Engagement für Equal Pay kann das Image eines Unternehmens in  
25 der Öffentlichkeit positiv beeinflussen und damit auch seinen Status in  
26 Arbeitgeber\*innenrankings oder Bewertungsplattformen.

27 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für  
28 folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in  
29 Unternehmen einzusetzen.

## 30 1. Einführung der "Equal Pay"-Charta in Deutschland:

31 Der Bund führt die "Equal Pay"-Charta ein, die alle Unternehmen, die sie  
32 unterzeichnen, selbstverpflichtet, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit zu  
33 garantieren. Unternehmen, die der Charta beitreten, verpflichten sich zu einer  
34 jährlichen Überprüfung und Anpassung ihrer Entgeltstrukturen, um bestehende  
35 geschlechtsspezifische Lohnunterschiede abzubauen.

**2. Transparente Erhebung und Veröffentlichung von Lohnunterschieden:**

Nach der „Equal Pay“-Charta verpflichten sich Unternehmen, jährlich ihre Gehaltsstrukturen offenzulegen und den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen zu veröffentlichen. Dies soll helfen, die Entwicklung der Lohnungleichheit transparent darzustellen und Fortschritte bei der Gleichstellung zu fördern.

Folgende Punkte sollen dabei aktiv von den Gleichstellungsstellen/Ministerien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in Land und Bund angestrebt werden:

- Bewusstsein schaffen: Aufsetzen von Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagnen zur Stärkung des Bewusstseins für die geschlechtsspezifische Lohnlücke und die Vorteile der „Equal Pay“-Charta.
- Best Practices teilen: Unternehmen, die bereits erfolgreich Maßnahmen zur Lohnungleichheit umgesetzt haben, teilen ihre Erfahrungen und Strategien. Dies könnte in Form von Veröffentlichungen, Workshops, Webinaren oder Fallstudien geschehen.
- Anreize bieten: Anreize für Unternehmen schaffen, die sich der Charta anschließen, wie z. B. steuerliche Vorteile oder öffentliche Anerkennung.
- Schulungen und Unterstützung: Bereitstellung von Schulungen und Ressourcen für Unternehmen, um ihnen bei der Umsetzung der Maßnahmen zu helfen.
- Regelmäßige Überprüfung und Berichterstattung: Einführung eines Systems zur regelmäßigen Überprüfung und Berichterstattung über die Fortschritte bei der Umsetzung der Charta. Dies könnte Transparenz schaffen und den Fortschritt messbar machen.
- Zusammenarbeit fördern: Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und anderen Interessengruppen, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

## Antrag Gl09: Gender Data Gap – Der weiße Fleck im Datenbestand ist weiblich

Laufende Nummer: 101

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Gl - Gleichstellung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass die
- 2 fortschreitende Digitalisierung sowie der Einsatz künstlicher Intelligenz im
- 3 Bewusstsein für den Gender Data Gap und dessen Auswirkungen erfolgt und bei
- 4 Datenerhebungen die Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Frauen in geeigneter Weise
- 5 Berücksichtigung finden.

# Antrag Gl10: Positionspapier der SPD Frauen NRW für die Bundeskonferenz 2025

Laufende Nummer: 106

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV NRW
<b>Status:</b>	Sonstiges Überweisung an den Bundesvorstand
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Sonstiges Überweisung an den Bundesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	Gl - Gleichstellung

- 1 Frauen tragen die Sozialdemokratie. Sie organisieren Wahlkämpfe, gestalten Inhalte,  
2 halten Strukturen lebendig und bringen die gesellschaftlichen Realitäten in die  
3 Partei. Doch während sie unverzichtbare Arbeit leisten, sind sie in den  
4 entscheidenden Fragen der Macht und Repräsentation noch immer benachteiligt.
- 5 Die „guten Mandate“ – jene mit Einfluss und Sichtbarkeit – gehen viel zu oft nicht an  
6 die Frauen, die sichtbar bei den SPD-Frauen wirken, feministische Politik vertreten  
7 und Gleichstellung vorantreiben, sondern an jene, die sich an bestehende  
8 Männernetzwerke, Seilschaften und Klüngel-Clubs anpassen oder den vertrauten Logiken  
9 männlicher Machtpolitik folgen. Damit werden gerade die Frauen unsichtbar gemacht,  
10 die für echte Veränderung stehen.
- 11 Das ist nicht nur ungerecht gegenüber den engagierten Genossinnen. Es schwächt die  
12 SPD insgesamt – nach innen wie nach außen.
- 13 Unsere Haltung
- 14 • Frauen dürfen nicht länger im Hintergrund bleiben. Sie gehören sichtbar in die  
15 erste Reihe.
  - 16 • Mandate und Spitzenpositionen dürfen nicht mehr nach Nähe zu Machtzirkeln,  
17 Seilschaften oder Klüngel-Clubs vergeben werden, sondern nach Kompetenz, Haltung  
18 und Engagement für Gleichstellung.
  - 19 • Ein „Weiter so“ mit symbolischen Gesten und leeren Versprechen wird die SPD  
20 nicht erneuern – im Gegenteil: es entfremdet uns von den Frauen in der Partei  
21 und von den Frauen in der Gesellschaft.
- 22 Die SPD muss verstehen: Wenn Frauen weiterhin übergangen oder unsichtbar gemacht  
23 werden, verlieren nicht nur Genossinnen die Lust, aktiv zu bleiben – auch die  
24 Wählerinnen werden sich zunehmend von der SPD abwenden, weil sie ihre Anliegen nicht  
25 mehr vertreten sehen. Das zeigt sich bereits in den letzten Wahlergebnissen.
- 26
- 27 Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung der SPD im Umgang mit Frauen, ihren  
28 Anliegen und ihrer Repräsentanz. Konkret heißt das:
- 29 1. Mandats- und Machtfragen im Zentrum  
30 Wir machen deutlich: Die Frage von Mandaten und Repräsentanz ist kein Randthema,  
31 sondern zentral. Frauen müssen in allen drei Gewalten – Legislative, Exekutive,  
32 Judikative – ebenso wie in allen Gremien und Institutionen der SPD sichtbar,  
33 qualifiziert und paritätisch vertreten sein.
  - 34 2. Parität als Prinzip  
35 Parität darf nicht länger eine Forderung „auf Zeit“ sein, sondern muss das

Grundprinzip des Umgangs mit Frauen in der SPD werden. In Qualität und Quantität muss die Beteiligung von Frauen den realen Ansprüchen einer modernen, demokratischen Partei entsprechen.

### 3. Stärkung unserer Anliegen

Mandate sind kein Selbstzweck. Sie sind das Werkzeug, um unsere politischen Anliegen sichtbar zu machen. Unsere Sicht der Dinge ist geprägt von Lebensrealitäten, die Millionen Menschen in diesem Land und in der Welt betreffen: Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit, Klima, Frieden, Demokratie. Diese Anliegen gehören ins Zentrum – durch Frauen, die sie mit voller Überzeugung vertreten.

### 4. Schluss mit Blockaden und Verzögerungen

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie Glaubwürdigkeit verloren geht: Verschleppte Gesetzesinitiativen, endlose Prüfverfahren, wie etwa beim geforderten AfD-Verbotsverfahren, und zögerliche Gleichstellungspolitik. Frauen dulden keine Verzögerungstaktik mehr – nicht in der Gesellschaft und nicht in der Partei.

### 5. Kultureller Wandel

Wir wollen nicht nur repräsentiert sein, sondern gleichwertig und gewichtig wahrgenommen werden. Frauenpolitik darf nicht länger als Nebenprojekt gelten, sondern muss zu einem selbstverständlichen Bestandteil sozialdemokratischer Kernpolitik werden.

Wir wollen eine SPD, die Frauen nicht als schmückendes Beiwerk behandelt, sondern als Gestalterinnen ins Zentrum stellt. Wir wollen eine SPD, die Mandate nach Haltung, Kompetenz und Engagement vergibt – nicht nach Anpassung an männliche Machtzirkel, Seilschaften oder Klüngel-Clubs. Wir wollen eine SPD, die weiß: Ohne starke, sichtbare Frauen verliert sie nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern auch ihre Zukunft.

Unsere Sicht der Dinge ist kein Nebenschauplatz – sie ist die Lebensrealität. Dieser Realität ist unsere Partei verpflichtet. Und wir Frauen sind bereit, diese Verantwortung zu tragen – mit allen Konsequenzen.

# Antrag S01: Ob digital oder analog – Teilhabe ist für uns ein Grundrecht!

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 In Deutschland waren im Jahr 2023 drei Millionen Menschen im Alter zwischen 16 und 74  
2 Jahren (gut fünf Prozent dieser Altersgruppe) "offline", also noch nie im Internet.
- 3 Gleichzeitig werden immer mehr Dienstleistungen, auch der Daseinsvorsorge, in  
4 digitale Prozesse überführt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Neben den Vorgaben  
5 des Onlinezugangsgesetzes (OZG), sind es - wegen des demografischen Wandels oder  
6 fehlender finanzieller Ausstattungen - vor allem Personalengpässe in den Bereichen  
7 des öffentlichen Dienstes, die neue Handlungsstrategien erforderlich machen. Die  
8 kommunale Ebene, wo die meisten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge vorgehalten  
9 werden, aber auch in Bereichen sogenannter 'Mangelberufe', wie dem Sozial- und  
10 Gesundheitssektor, sind im besonderen Maße betroffen. In der Folge werden - auch aus  
11 der Not heraus - zahlreiche Angebote digitalisiert, ohne Varianten für alle  
12 diejenigen mitzudenken, für die ausschließliche Online-Zugänge Barrieren schaffen.  
13 Die erforderlichen Digitalkompetenzen oder (onlinefähige) Endgerät sind nicht für  
14 alle Menschen gleichermaßen vorauszusetzen. Auch Sorgen bezüglich des Datenschutzes  
15 sind ernst zu nehmen.
- 16 Der barrierefreie Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge muss in Deutschland  
17 ein Grundrecht sein! Diese und anderen Angebote und Dienstleistungen, insbesondere  
18 durch öffentliche Gelder (mit)finanzierte, müssen so gestaltet sein, dass Teilhabe  
19 für alle Menschen gewährleistet wird. Die Grundlage für dafür schafft neben dem  
20 Grundgesetz (GG, Art. 3 Abs. 3 Satz 2) die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK,  
21 vor allem Art. 9).
- 22 Wir fordern deshalb:
- 23 • Die ausreichende finanzielle Ausstattung von Kommunen und Landkreisen aus  
24 Bundesmitteln, um Dienstleistungen und Angebote so zu gestalten, dass sie allen  
25 Menschen barrierefrei zugänglich sind.
  - 26 • Die Bundesförderung von Modellprojekten, die analoge und digitale Prozesse  
27 miteinander verknüpfen (beispielsweise Terminals und Automaten in Behörden, im  
28 ÖPNV, aber auch Kultur- und Freizeiteinrichtungen, die von Personen vor Ort  
29 betreut werden, so dass Fragen direkt geklärt werden können), um Barrieren  
30 abzubauen und Teilhabe zu ermöglichen.
  - 31 • Die Schaffung einer expliziten gesetzlichen Grundlage zur Sicherung des Rechts  
32 auf Nutzung analoger Wege bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie die  
33 Bereitstellung von Ressourcen, um dieses Recht aufseiten der Einrichtungen der  
34 Daseinsvorsorge auch vorhalten zu können.

## Antrag S04: Alleinerziehende stärken – Armut bekämpfen, Teilhabe sichern!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales

1 Die SPD-Frauen Bundeskonferenz fordert mit Nachdruck die Verbesserung der Lebens- und  
2 Teilhabechancen von Alleinerziehenden. Insbesondere sind folgende Maßnahmen  
3 umzusetzen:

- 4 1. Faire Besteuerung & finanzielle Entlastung: Hierzu gehört die Einführung einer  
5 *Steuergutschrift für Alleinerziehende*, die direkt von der individuellen  
6 Steuerschuld abgezogen wird; ist die Steuerschuld geringer als die Gutschrift,  
7 wird die Differenz ausgezahlt. Zudem soll auf die Abschaffung des  
8 Ehegattensplittings zugunsten einer echten individuellen Besteuerung hingewirkt  
9 werden.
- 10 2. Flächendeckende, kostenfreie Kinderbetreuung: Zur Unterstützung  
11 Alleinerziehender soll langfristig ein kostenloser Zugang zu qualitativvoller,  
12 verlässlicher und flexibler Betreuung, auch in Rand- und Ferienzeiten aufgebaut  
13 werden.
- 14 3. Verlässlicher Unterhalt: Wir begrüßen, dass mit dem Entzug des Führerscheins bei  
15 Unterhaltsausständen eine langjährige Forderung der SPD-Frauen im  
16 Koalitionsvertrag enthalten ist.
- 17 4. Sozial gerechte Grundsicherung für Kinder: Wir fordern die Einführung einer  
18 Grundsicherung, die Kinder aus einkommensschwachen Familien spürbar  
19 besserstellt. Kindergeld sollte zukünftig beim Unterhaltsvorschuss höchstens  
20 zur Hälfte angerechnet werden. Die Schnittstellen zwischen Unterhalt,  
21 Unterhaltsvorschuss und Grundsicherung für Kinder sind so zu gestalten, dass  
22 Alleinerziehende nie schlechter gestellt werden.
- 23 5. Bessere Vereinbarkeit von Familie & Beruf: Der Ausbau flexibler Arbeitszeit- und  
24 Arbeitsortmodelle muss fortgesetzt werden, hierzu gehört ein Rechtsanspruch auf  
25 Homeoffice, sofern keine zwingenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Der  
26 Rechtsanspruch auf Brückenteilzeit muss für alle Unternehmen, unabhängig ihrer  
27 Größe, ausgeweitet werden. Zudem muss eine Beratungspflicht für  
28 Arbeitgeber\*innen eingeführt werden, um Arbeitnehmer\*innen über die Folgen der  
29 Entscheidung zwischen Brückenteilzeit und regulärer Teilzeit aufzuklären.
- 30 6. Wohnraumsicherung für Alleinerziehende: Alleinerziehende müssen einen  
31 bevorzugten Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten. Alleinerziehende müssen auf  
32 Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene konsequent in der Wohnungspolitik  
33 mitgedacht werden. Hierzu müssen soziale Träger, die Übergangswohnungen für  
34 Alleinerziehende in akuter Wohnungsnot bereitstellen, stärker gefördert werden.  
35 Kommunale Vergaberichtlinien können rechtssicher so gestaltet werden, dass  
36 Alleinerziehende ausdrücklich bei Sozialwohnraum bevorzugt werden. Des Weiteren  
37 muss der bedarfsgerechte Neubau dauerhaft belegungsgebundener Sozialwohnungen

38 mit einer Quotenregelung für Alleinerziehende vorangetrieben werden. Spezifische  
39 Förderprogramme für Wohnprojekte, die Alleinerziehende adressieren, sollten  
40 entwickelt und ausgebaut werden.

## Antrag S05: „Frauenarmut in Deutschland“

Laufende Nummer: 30

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Bezirk Nord-Niedersachsen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 Wir fordern folgende Maßnahmen zur Reduzierung der aktuellen Frauenarmut in
- 2 Deutschland:
- 3 - Schaffung existenzsichernder Arbeitsverhältnisse durch eine stärkere Tarifbindung
- 4 sowie einen angemessenen, an 60% des Bruttomedian orientierten Mindestlohn
- 5 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch zügige Umsetzung der EU-
- 6 Transparenzrichtlinie von 2023
- 7 - Stabile und rechtsverbindliche Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen
- 8 - Unterstützung der Care-Arbeit über staatliche Förderung der Inanspruchnahme
- 9 haushaltsnaher Dienstleistungen
- 10 - Rentenansprüche für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen bezogen auf die
- 11 gesamte Zeit der Betreuung und auf Basis des tatsächlichen Gehaltsniveaus in diesem
- 12 Bereich
- 13 - Abschaffung des sog. „Ehegatten-Splitting“

## Antrag S06: Erhöhung des Kinderkrankengeldes auf 100% des Nettoeinkommens

Laufende Nummer: 82

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 Das Kinderkrankengeld soll auf 100% des Nettoeinkommens erhöht werden.
- 2 Darüber hinaus befürworten wir zum Abbau des bürokratischen Aufwandes die direkte
- 3 Verrechnung zwischen Arbeitgeber\*innen und Krankenkassen sowie die Auszahlung des
- 4 Kinderkrankengeldes mit der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung.

## Antrag S07: Unterhaltsschulden sind Ehrenschulden!

Laufende Nummer: 28

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Brandenburg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 1. Die Verjährungsfrist von Unterhaltsschulden nach 3 Jahren wird auf 10 Jahre
- 2 angehoben.
- 3 2. Es wird ein weiteres Referat zur Begleichung ausstehender Unterhaltsschulden im
- 4 Bundesverwaltungsamt geschaffen und die Kompetenz des Rückforderungsmanagements
- 5 von Land und Kommunen auf den Bund übertragen.

## Antrag S08: Familien Ticket für alle Familien

Laufende Nummer: 29

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Brandenburg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen appelliert an die zuständigen Ebenen in den
- 2 Ländern und Kommunen für den Besuch aller staatlich geförderten Einrichtungen und
- 3 Veranstaltungen die Einführung flexibler Familientickets umzusetzen, soweit keine
- 4 günstigere Alternative vorhanden ist. Das Familienticket (1+X) sichert einer
- 5 sorgenden Person plus beliebig viele Kinder oder zu betreuende Personen den Zugang zu
- 6 einem vergünstigten Preis, unabhängig von Familienstand oder biologischer
- 7 Verwandtschaft.

## Antrag S09: Blickwinkel Prostitution ./.. Blickwinkel Sexarbeit.

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	IR13, IR14, S10
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Als SPD FRAUEN erkennen wir beide Blickwinkel bei den Themen Prostitution und  
2 Sexarbeit als legitime, nebeneinanderstehende Positionen an. Ausgehend von beiden  
3 Positionen setzen wir uns für die Verbesserung der Situation von Frauen ein.  
4 Gemeinsam. Solidarisch. In der Sache vereint.
- 5 Uns SPD FRAUEN eint, dass wir gemeinsam und unermüdlich für ein gewaltfreies,  
6 selbstbestimmtes Leben für alle Frauen und Mädchen kämpfen. Dabei kommt es vor, dass  
7 wir unterschiedliche Positionen bei frauenpolitischen Themen innerhalb der SPD FRAUEN  
8 haben. Uns macht es aus, dass wir respektvoll und solidarisch die unterschiedlichen  
9 Perspektiven akzeptieren und im permanenten Dialog miteinander sind.
- 10 In den vergangenen Jahren haben sich dabei zwei Blickwinkel bei den Themen Sexarbeit  
11 ./.. Prostitution herauskristallisiert.
- 12 Der eine Blickwinkel auf das Thema möchte die Selbstbestimmung der in der Sexarbeit  
13 tätigen Menschen, ihren Schutz sowie ihre Rechtsgüter stärken. Er fokussiert sich auf  
14 den Ausbau nachhaltig wirkungsvoller Schutz- und Unterstützungsstrukturen durch das  
15 Arbeitsrecht, das Sozialsystem bzw. System der sozialen Absicherung sowie  
16 umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Er  
17 baut dabei auf menschenrechtsbasierten Säulen auf und möchte die Stigmatisierung und  
18 die Diskriminierung der in der Sexarbeit tätigen Menschen bekämpfen.
- 19 Der andere **Blickwinkel auf das Thema Prostitution** sieht diese als Teil eines  
20 ausbeuterischen, sexistischen, rassistischen und menschenfeindlichen Gewaltsystems,  
21 das zu schwerwiegenden physischen und psychischen Folgen für die Menschen in der  
22 Prostitution führt; und ein gesellschaftliches Gleichstellungshemmnis darstellt. Als  
23 Ziel steht hier der abolitionistische Ansatz, das Nordische Modell mit 4 Säulen:  
24 Entkriminalisierung der Menschen in der Prostitution, Kriminalisierung der Freier und  
25 Zuhälter, Stärkung von Prävention und Ausstiegsprogrammen.
- 26 Für beide Blickwinkel liegen dem Bundesvorstand der SPD FRAUEN ausgearbeitete  
27 Positionspapiere (Stand: 1.11.25) vor, die auf der Homepage [www.SPDFrauen.de](http://www.SPDFrauen.de)  
28 einsehbar sind. Beide Positionspapiere sind lebende Dokumente, die immer wieder dem  
29 Stand der Diskussionen angepasst werden sollen.

## Antrag S11: Feministische Ökonomie

Laufende Nummer: 48

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Saar
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 Eine Reform makroökonomischer Modelle, die auch das Wohlergehen von Menschen in den
- 2 Blick nehmen und reproduktive Arbeit als eine Grundlage wirtschaftlichen Handelns
- 3 begreifen. Pflege, Erziehung, Betreuung und die Versorgung von Angehörigen sind
- 4 essenzielle Leistungen für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Sie müssen als
- 5 solche ökonomisch anerkannt werden

## Antrag S14: Keine Legalisierung von Leihmutterschaft in Deutschland

Laufende Nummer: 97

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	überwiesen BuVo
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Überweisung an BuVo
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 Die SPD befürwortet, dass grundsätzlich das Verbot der Leihmutterschaft bestehen
- 2 bleibt. Eine Ausnahme könnte das Austragen eines Kindes durch eine andere Frau
- 3 innerhalb von verheirateten bzw. eingetragenen Paaren sowie innerhalb von
- 4 Verwandtschaftsverhältnissen sein. Sie setzt sich für die Verabschiedung eines
- 5 verbindlichen internationalen Abkommens zum Verbot der Leihmutterschaft ein sowie für
- 6 die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Frauen- und
- 7 Kinderhandels im Zusammenhang mit Leihmutterschaft.

## Antrag S15: Respekt statt Rolle rückwärts - Keine Verzögerungen bei der Mütterrente III!

Laufende Nummer: 98

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich nachdrücklich dafür einzusetzen,
- 2 dass es zu keinen Verzögerungen bei der für 2027 geplanten Umsetzung der Mütterrente
- 3 III kommen wird, vor denen die Deutsche Rentenversicherung bei ihrer Stellungnahme
- 4 zum entsprechenden Gesetzesentwurf aufgrund vorgeblich erhöhter Komplexität und
- 5 erhöhtem Aufwand vorsorglich gewarnt hatte.
- 6 Den Müttern ist eine Verzögerung nicht zuzumuten.

## Antrag S16: Ageismus und Adultismus ist von gestern!

Laufende Nummer: 102

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	S - Soziales

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich über die im Koalitionsvertrag
- 2 abgegebene Absichtserklärung zum Thema Altersdiskriminierung hinaus nachdrücklich für
- 3 einen Aktionsplan gegen Diskriminierung von Menschen jeglichen Alters aufgrund ihres
- 4 Alters, sowie die Aufnahme des Verbots der Altersdiskriminierung in das Grundgesetz
- 5 einzusetzen.

## Antrag T01: Für eine geschlechtergerechte Klimapolitik

Laufende Nummer: 10

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	T - Themenübergreifendes

- 1 Der Klimawandel zeigt sich immer deutlicher und immer häufiger spüren wir die  
2 negativen Folgen des klimatischen Wandels. Die ökologische Krise wirkt sich auf unser  
3 Leben in vielen Bereichen aus. Im Gutachten zum Vierten Gleichstellungsbericht der  
4 Bundesregierung wird deutlich, dass der Klimawandel besonders schwere Auswirkungen  
5 für Frauen, einkommensarme und andere strukturell benachteiligte Menschen hat.
- 6 Ob Energieerzeugung, Landwirtschaft, Stadt- und Raumentwicklung, Mobilität, Wohnung,  
7 Ernährung, Gesundheit und Arbeitsmarkt – in allen diesen Feldern wirkt sich der  
8 Klimawandel geschlechtsspezifisch besonders für Frauen aus.
- 9 Eine nachhaltige sozial-ökologische Transformation muss Klima- und  
10 Gleichstellungspolitik zusammen denken, um nachhaltig zu gestalten.
- 11 Auch der Deutsche Frauenrat stellt fest, dass Ursachen und Auswirkungen des  
12 Klimawandels nicht geschlechtsneutral sind und klimapolitische Maßnahmen und  
13 Geschlechtergerechtigkeit zusammen gedacht werden müssen.
- 14 Wir fordern von der SPD, dass
- 15 1. Gleichstellung und Klimaschutz zusammen gedacht werden
- 16 Die Gleichstellung der Geschlechter muss ein Leitgedanke der Nachhaltigkeits- und  
17 Klimapolitik werden. Geschlechtergerechtigkeit muss im Klimaschutzgesetz und in  
18 Maßnahmenprogrammen verankert werden. In allen mit Klimapolitik befassten Ministerien  
19 und Gremien muss die notwendige Genderexpertise aufgebaut werden, und solange diese  
20 nicht vorhanden ist, externe Genderexpertise eingebunden werden.
- 21 Geschlechtergleichstellung ist als Querschnittsthema in der Nachhaltigkeitsstrategie  
22 zu implementieren.
- 23 2. Ein notwendiger klimaneutraler Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt  
24 geschlechtergerecht gestaltet wird
- 25 Der klimaneutrale Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt verändert Produktionsweisen in  
26 ganzen Branchen grundlegend und hat Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen.  
27 Geschlechtergerechtigkeit muss daher eine grundlegende Voraussetzung für Green-  
28 Economy-Konzepte sein. Es bedarf einer gezielten Qualifikation von Frauen für die  
29 künftigen Anforderungen in einer klimaneutralen Arbeitswelt. Klimapolitische  
30 Investitionshilfen und Wirtschaftsförderung müssen an Tarifbindung, Mitbestimmung und  
31 die Gleichstellung der Geschlechter gebunden sein.
- 32 3. Geschlechtergerechte Teilhabe in der Energiewende sichergestellt wird
- 33 Frauen treffen klimafreundlichere und nachhaltigere Entscheidungen, sind aber in der  
34 gesamten Energiewirtschaft und Energiepolitik in geringerem Umfang als Männer  
35 vertreten. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Unternehmen der  
36 Energiewirtschaft ist sicherzustellen und Frauen in den relevanten Ausbildungs- und  
37 Studiengängen zu fördern. Wenn geschlechtergerechter Klimaschutz gelingen soll, sind

Frauen an den Entscheidungen zu beteiligen. Es erfordert eine geschlechterparitätische Besetzung von klima- und energiepolitischen Gremien unter Einbezug von Genderexpertise.

#### 4. Klima- und sozial gerechte Wohnungspolitik vorangetrieben wird

Von hohen Mieten, Verdrängung aus dem gewohnten Viertel und Wohnraummangel sind Frauen, z.B. Alleinerziehende oder Rentnerinnen, besonders betroffen. Diese Entwicklungen müssen durch eine soziale und klimagerechte Wohnungspolitik bekämpft werden, um Klimaschutzziele sozial ausgewogen zu erreichen.

Mietsteigerungen sind zu begrenzen, indem Ausnahmeregelungen bei der Mietpreisbremse abgeschafft werden und sie unbefristet verlängert wird. Der gemeinwohlorientierte Wohnungsbau und der Bestand an Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum muss durch eine neue Wohngemeinnützlichkeitsförderung gestärkt werden. Die energetische Sanierung von Wohnungsbestand muss einkommensabhängig gefördert werden, so dass einkommensarme Haushalte besonders profitieren.

## Antrag T02: Frauen im ländlichen Raum stärken — Lebensqualität und Teilhabe sichern

Laufende Nummer: 21

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Brandenburg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	T - Themenübergreifendes

- 1 1. Die SPD Frauen unterstützen die oben genannten Forderungen und machen sie zu
- 2 zentralen Themen einer bundesweiten Politik für Frauen im ländlichen Raum.
- 3 2. Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese Forderungen in Gesetze, Programme und
- 4 Haushalte aufgenommen werden.
- 5 3. Zur Begleitung wird ein Monitoring-Instrument entwickelt, das regelmäßig die
- 6 Situation von Frauen im ländlichen Raum in Bezug auf Versorgung, Teilhabe, Einkommen
- 7 und Sicherheit erfasst.
- 8 4. Die SPD Frauen fordern, dass für alle SPD-Veranstaltungen, Strategiepapiere und
- 9 Programme künftig der Blick auf die Lebensrealitäten im ländlichen Raum systematisch
- 10 mitgedacht wird (z. B. durch einen „Ländlicher Raum Check“).
- 11 Frauen in ländlichen Räumen benötigen zusätzliche Unterstützung für die Realisierung
- 12 gleichwertiger Lebensverhältnisse, bessere infrastrukturelle und politische Teilhabe
- 13 sowie eine Stärkung ihrer ökonomischen und sozialen Sicherheit.

## Antrag T03: Kampf gegen die Inhalte der Mannosphäre

Laufende Nummer: 80

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD Frauen Worms
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	T - Themenübergreifendes

- 1 Die Mannosphäre ist ein Sammelbegriff für Online-Communities, die vorgeben, sich mit
- 2 Männerthemen zu befassen. Die Mannosphäre ist ein loses Netzwerk von Online-
- 3 Communities, Influencer\*innen, Podcasts, und Social-Media-Kanälen.
- 4 Junge Männer stoßen häufig auf Inhalte der Mannosphäre, wenn sie nach Tipps zu
- 5 Fitness, Dating oder Kryptowährung suchen. Sie erreichen Männer vor allem über
- 6 soziale Medien, Podcasts, Gaming-Communities und Dating-Apps.
- 7 Die SPD wird aufgefordert, sich aktiv gegen die Online-Communities, Influencer\*innen,
- 8 Podcasts, Social-Media-Kanälen und Foren der Mannosphäre einzusetzen, die in
- 9 digitalen Räumen ein enges, aggressives Bild von Männlichkeit vermitteln, verbunden
- 10 mit der Darstellung, dass Gleichstellung und Feminismus Männer benachteiligen.
- 11 Den Inhalten der Mannosphäre, die oft toxische Männlichkeitsbilder und
- 12 frauenfeindliche Einstellungen verbreiten, die Strategien vermitteln, wie Männer
- 13 Frauen manipulieren oder unter Druck setzen können, dürfen nicht länger hingenommen
- 14 werden.

## Antrag T04: Für eine geschlechtergerechte Künstliche Intelligenz: Entwicklung einer feministische KI-Strategie auf der Grundlage des „EU Artificial Intelligence Act“ (EU AI Act)

Laufende Nummer: 57

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	T - Themenübergreifendes

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Deutschen  
2 Bundestags werden aufgefordert, allen Bestrebungen zur Aufweichung des „EU AI Act“  
3 energisch entgegenzutreten.
- 4 Mit dem „EU AI Act“ wurde eine Grundlage für die Regulierung der Künstlichen  
5 Intelligenz in der EU geschaffen (<https://artificialintelligenceact.eu/de>), die das  
6 Potenzial für eine wertebasierte, inklusive und diskriminierungsfreie Gestaltung der  
7 KI bietet.
- 8 Dem stehen internationale Entwicklungen wie die Anti-DEI Dekrete der US-Regierung  
9 entgegen (DEI: Diversity, Equality/Equity, Inclusion). Mit der transatlantischen  
10 Ausweitung dieses Kurses werden auch europäische Unternehmen unter Druck gesetzt,  
11 beispielsweise Gleichstellungsstandards zu senken.
- 12 Es ist daher dringend erforderlich, den europäischen AI-Act zu stärken. Eine  
13 feministische Strategie fungiert als Schutzschild gegen das internationale Rollback  
14 bei Diversität und Gleichstellung. Zivilgesellschaft, Politik und Institutionen  
15 müssen gemeinsam eine diskriminierungsfreie digitale Zukunft gestalten.
- 16 Die SPD wird aufgefordert, zusammen mit gesellschaftlichen Gruppen eine inklusive,  
17 feministische Strategie zu entwickeln und zu unterstützen, die:
- 18 • für regulatorische Rahmenbedingungen sorgt, um Vorurteile in Algorithmen (Gender  
19 Bias) zu erkennen und zu beseitigen
  - 20 • verbindliche Geschlechterverträglichkeitsprüfungen für KI-Systeme einführt
  - 21 • durch diverse Teams eine inklusive KI-Entwicklung fördert
  - 22 • die Beteiligung von Frauenverbänden in KI-Ethikräten und Regulierungsgremien  
23 sicherstellt
  - 24 • durch grundwerte-gerechte Datengewinnung und Datennutzung den Gender Data Gap  
25 (Unterrepräsentation von Frauen und nicht-binären Personen) beendet
  - 26 • bei der Entwicklung von KI Geschlechtergerechtigkeit integriert (Ethik-by-Design)
  - 27 • die Öffentlichkeit für algorithmische Diskriminierung sensibilisiert
  - 28 • eine geschlechtergerechte Medien-, Digital- und KI-Kompetenz fördert
  - 29 • in internationaler Zusammenarbeit globale Standards für eine geschlechtergerechte,  
30 inklusive KI entwickelt und durchsetzt.

31

## Antrag T05: Ziffernfolge „444“ und andere rechtsextreme Symbole als Kraftfahrzeugkennzeichen verbieten!

Laufende Nummer: 73

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	T - Themenübergreifendes

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die
- 2 Ziffernfolge „444“ und andere als rechtsextremistische Symbole oder Codes als
- 3 Kraftfahrzeugkennzeichen seitens der Zulassungsstellen ab sofort nicht mehr
- 4 ausgegeben wird, da sie als ausländer\*innenfeindlicher und rechtsextremistischer
- 5 Slogan besetzt ist und insofern als „Verständigung“ unter entsprechend gesinnten
- 6 Auto- und Kraftradfahrer\*innen benutzt werden kann.

## Antrag T06: Mehr Damentoiletten in öffentlichen Gebäuden

Laufende Nummer: 77

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	überwiesen Bundesvorstand als Material
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Überweisung an Bundesvorstand als Material
<b>Sachgebiet:</b>	T - Themenübergreifendes

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bei Um- und Neubauten mehr Damentoiletten
- 2 eingerichtet werden müssen, da Frauen durch den Mangel an Damentoiletten in
- 3 öffentlichen Gebäuden benachteiligt sind. Dazu müssen die
- 4 Versammlungsstättenverordnungen derart abgeändert werden, dass den realen
- 5 geschlechtsspezifischen Bedarfen Rechnung getragen wird.

## Antrag W01: Jetzt den Mieterschutz stärken!

Laufende Nummer: 22

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	W - Wohnen

- 1 Steigende Mieten belasten Frauen – insbesondere Alleinstehende und Alleinerziehende –
- 2 überproportional. Die SPD Frauen fordern daher, unverzüglich folgende Reformen
- 3 einzuleiten:
- 4 1.Kappungsgrenze reduzieren: Die Kappungsgrenzenverordnung muss bundesweit gelten,
- 5 nicht nur in angespannten Märkten. Der Erhöhungszeitraum ist auf fünf Jahre
- 6 auszudehnen; innerhalb dieses Zeitraums dürfen die Mieten höchstens um zehn Prozent
- 7 steigen. Index und Staffelmietverträge sind in diese Kappungsgrenze einzubeziehen.
- 8 Für Bundes und Landesimmobilien muss ein Mietenstopp von maximal ein Prozent
- 9 pro Jahr gelten.
- 10 2.Bundesweiter Mietenstopp: Es muss ein sechsjähriges Moratorium für Mieterhöhungen
- 11 in laufenden Verträgen eingeführt werden. Bei Neuvermietung dürfen Vermieterinnen
- 12 höchstens die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen. Eine Länderöffnungsklausel
- 13 sollte weitergehende Mietenstopps in besonders angespannten Märkten ermöglichen.
- 14 Es muss daraufhingewirkt werden, dass eine Härtefallregel Kleinvermieterinnen
- 15 schützen muss, indem begrenzte Anpassungen bis zu zwei Prozent jährlich ermöglicht
- 16 werden, solange die Miete 80 % der Vergleichsmiete nicht übersteigt.
- 17 3.Indexmieten eindämmen: Der Abschluss neuer Indexmietverträge ist zu untersagen.
- 18 Mieterinnen müssen das Recht erhalten, bestehende Indexmietverträge in ortsübliche
- 19 Vergleichsmieten umzuwandeln, ohne andere Vertragsbedingungen zu verlieren.
- 20 4.Atmenden Mietendeckel einführen: Die Mietspiegelberechnung ist zu reformieren,
- 21 sodass sämtliche Bestandsmieten in kommunalen Katasterdaten einfließen. Es sind drei
- 22 Marktkategorien festzulegen: ausgeglichen, angespannt, Wohnungsnotgebiet. Nach Ablauf
- 23 des Mietenstopps dürfen Bestandsmieten höchstens um zwei Prozent pro Jahr steigen,
- 24 bis zur orts-üblichen Vergleichsmiete. Kommunen müssen den Mietenstop in angespannten
- 25 Gebieten verlängern dürfen. In Wohnungsnotgebieten erhalten Mieterinnen einen
- 26 Anspruch auf Absenkung überhöhter Mieten auf das lokale Mittel.
- 27 5.Mietpreisbremse verschärfen: Neu und Wiedervermietungen dürfen die orts-übliche
- 28 Vergleichsmiete nicht überschreiten. Die Mietpreisbremse hat bundesweit ohne
- 29 Befristung zu gelten; Ausnahmen für modernisierte Wohnungen sind zu streichen.
- 30 Verstöße sind mit empfindlichen Bußgeldern zu ahnden; Mieterinnen müssen zu viel
- 31 gezahlte Miete 30 Monate rückwirkend zurückfordern können.
- 32 Für Neubauwohnungen ist eine Obergrenze zu entwickeln, damit auch neuer Wohnraum
- 33 bezahlbar bleibt.
- 34 6.Modernisierungsumlage senken: Die Umlagefähigkeit wird von acht auf vier Prozent
- 35 reduziert; die Mieterhöhungsfrist verlängert sich auf zehn Jahre. Bei energetischer
- 36 Modernisierung darf die Kaltmiete nur warmmietenneutral steigen.
- 37 7.Möblierte Vermietung regulieren: Vermieterinnen müssen Möblierungszuschläge

offenlegen, der Zuschlag darf höchstens ein 2 Prozent des Zeitwerts betragen. Möblierte Wohnungen unterliegen einer Genehmigungs- und Meldepflicht bei der Wohnungsaufsicht.

8.Kettenbefristungen verbieten: Befristete Mietverträge dürfen nicht mehrfach verlängert werden, so wird Dauerwohnraum gesichert.

9.Kündigungsschutz ausweiten: Bei ordentlicher Kündigung wegen Zahlungsverzuges muss eine Schonfristzahlung möglich sein. Eigenbedarfskündigungen sind auf Selbstnutzung oder erste Verwandtengrade zu beschränken. Die Kündigungssperrfrist nach Umwandlung in Eigentum ist bundesweit auf zehn 2 Jahre festzulegen. Kündigungen als Reaktion auf berechnigte Mietminderungen sind auszuschließen.

10.Mietpreisüberhöhung ahnden: § 5 WiStG ist zu verschärfen, indem das Tatbestandsmerkmal der Angebotsknappheit gestrichen und der Bußgeldrahmen auf 100 2 000 2 € erhöht wird.

11.Sozialzweck Vermietung sichern: Sozial , karitative und gemeinnützige Trägerinnen, die Wohnraum ohne Gewinnabsicht vermieten, müssen unter das Wohnmietrecht fallen; gewerbliche Kündigungen sind auszuschließen.

12.Zweckentfremdung wirksam verbieten: Es gilt ein ambitioniertes, bundesweites Zweckentfremdungsverbot gegen Leerstand und Ferienwohnungsmisbrauch zu entwickeln.

13.Kommunales Vorkaufsrecht stärken: Kommunen benötigen ein Vorkaufsrecht in allen Gebieten mit hohem Wohnraumbedarf; der Kaufpreis ist auf den Ertragswert zu begrenzen. Die Ausübungsfrist ist deutlich zu verlängern, damit Kommunen handlungsfähig bleiben.

14.Genehmigungsvorbehalt entfristen: Der § 250 BauGB ist bundesweit anzuwenden und dauerhaft zu verankern.

## Antrag W02: Wohnungen für Obdachlose statt Notlösungen

Laufende Nummer: 61

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV RLP
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	W - Wohnen

1 Die Arbeitsgemeinschaft der SPD-Frauen fordert wie die Facharbeitsgruppe „Prävention  
2 von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ des Institutes für Menschenrechte Notunterkünfte  
3 für Wohnungslose menschenrechtskonform zu gestalten, weil Frauen und Kinder zunehmend  
4 obdachlos werden. Der Nationale Aktionsplan vom Kabinett des Bundesministeriums für  
5 Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) „Gemeinsam zu Hause“ vom 24.4.2024 muss  
6 mit folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

- 7 • Vermietungsprozesse
- 8 • Ausweitung des Wohnraums für wohnungslose Menschen, insbesondere für Familien
- 9 • Spezifische Wohnprojekte für wohnungslose Menschen
- 10 • Leitlinien für Mindeststandards in der ordnungsrechtlichen Unterbringung

11 Schon vor Jahrzehnten wurde deutlich, dass es einen Verdrängungsprozess geben wird  
12 und Menschen am unteren Einkommensrand zunehmend obdachlos werden. In Deutschland  
13 waren im vergangenen Jahr mehr als 530.000 Menschen wohnungslos, wie Zahlen aus dem  
14 aktuellen [Wohnungslosenbericht](#) der Bundesregierung zeigen. Das sind mehr als doppelt  
15 so viele im Vergleich zu 2022. Fast 440.000 sind in Einrichtungen untergebracht,  
16 viele davon sind Flüchtlinge aus der Ukraine. Rund 60.000 sind verdeckt wohnungslos,  
17 schlafen also zum Beispiel bei Freunden auf dem Sofa. Gut 47.000 leben auf der  
18 Straße. 137.000 wohnungslose Kinder leben in Notunterkünften. Das sind mehr als  
19 137.000 Babys, Kita- und Schulkinder, die ihre Kindheit und Jugend in diesen  
20 Unterkünften verbringen. Sie sind besonders von den unzureichenden Bedingungen  
21 betroffen.

22 Wenn Menschen keine Möglichkeit haben, irgendwo unterzukommen und nicht auf der  
23 Straße leben wollen, besteht eine Unterbringungsverpflichtung der Kommunen. Diese  
24 sogenannte ordnungsrechtliche Unterbringung betrifft mutmaßlich deutlich über 100.000  
25 Menschen in Deutschland. Sie ist dabei längst keine Notlösung mehr – die Menschen  
26 leben dort überwiegend mehrere Monate und Jahre, teils unter menschenunwürdigen  
27 Bedingungen. Stellt man die menschenrechtlichen Verpflichtungen des Staates den  
28 tatsächlichen Zuständen in der ordnungsrechtlichen Unterbringung gegenüber, wird  
29 deutlich: In vielen Unterkünften sind die Grund- und Menschenrechte der Betroffenen –  
30 etwa das Recht auf Wohnen, das Recht auf Schutz vor Gewalt oder das Recht auf  
31 Familienleben – nicht gewährleistet.

## Antrag W03: Sozialdemokratinnen für bezahlbares Wohnen

Laufende Nummer: 63

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV RLP
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	W - Wohnen

1 Wir Sozialdemokratinnen fordern weitergehende Maßnahmen für bezahlbares Wohnen als  
2 die vom Bundesbauministerium in ihrer geplanten Trendwende beschlossenen. Von uns als  
3 Steuerzahlerinnen wird zu viel Geld für Förderung von privatem Immobilienbesitz  
4 ausgegeben. Weil die Mietkosten zu hoch sind, zahlt der Staat Milliarden für  
5 Wohngeld. Wir fordern mehr Immobilien in gesellschaftlichem Besitz und dadurch mehr  
6 Existenzsicherheit für Mieter\*innen. Wir wollen, dass die so entstehenden Gewinne zur ökologischen  
7 Sanierung, Neubau und weitere Maßnahmen zur Verfügung stehen.  
8 Orientiert am österreichischen System der sozialen Wohnversorgung müssen  
9 gemeinnützige Bauvereine privilegiert gefördert werden.

10 Unsere Forderungen sind:

- 11 • Sozialdemokratische Zieldefinition für gemeinnütziges und ökologisches Bauen,  
12 Verdichten und weitere Maßnahmen
- 13 • Ein öffentlicher Baulandinvestitionsfond zur Sicherstellung der Gewinne zu  
14 Gunsten der Allgemeinheit
- 15 • Mit steuerlichen Begünstigungen privilegiert Fördernehmer wie kommunale  
16 Wohnbaugesellschaften, Genossenschaften und neue Akteure gewinnen
- 17 • Keine zeitlich begrenzte Sozialbindung,  
18 staatlichen Mietendeckel sozial gerecht vorgeben
- 19 • Das neue [Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz](#) konsequent gegen die Interessen  
20 privater Unternehmen umsetzen
- 21 • Kontrolle darüber, dass sozialer Wohnungsbau funktioniert und stattfindet, jede  
22 zweite Neubauwohnung soll eine Sozialwohnung werden
- 23 • Wohnraumentwicklungsplan erstellen, d.h. auch Verlaufsstatistik zum bezahlbaren  
24 Wohnen auf Länder- und Bundesebene
- 25 • Bevorzugt klimagerechte Quartiere fördern, bedarfsgerechte Infrastruktur als  
26 Bedingung
- 27 • Neue Wohnformen einschl. Inklusionswohnen, vor allem Mietwohnprojekte verstärkt  
28 fördern
- 29 • Standards für nachhaltiges Bauen vereinfachen, Flächenverbrauch minimieren

34  
35  
36  
37

## Antrag V01: Halter\*innenhaftung endlich auf Parkverstöße ausweiten – Rücksichtsloses Falschparken stoppen!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Wir stellen fest, dass rücksichtsloses Parken Straßenbahnen, Busse, Geh- und Radwege  
2 blockiert und damit vor allem Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Frauen, Kinder  
3 und beeinträchtigt. *Wir fordern dass die Halter\*innenhaftung – wie in Frankreich,  
4 Großbritannien oder den Niederlanden – künftig auch für Parkverstöße in Deutschland  
5 gilt.\**
- 6 1.Bußgelder wirksam adressieren: Die Anhörungsfrist muss bundeseinheitlich kurz  
7 bemessen werden; verstreicht sie fruchtlos, greift die Halter\* innenhaftung ohne  
8 weitere Nachweise.
- 9 Die Ordnungsämter müssen nicht länger den oder die Fahrer\*in ermitteln; so werden  
10 Verfahren nicht mehr eingestellt und abschreckende Bußgelder behalten ihre Wirkung.
- 11 2.Verfahren vereinfachen: Nach Ablauf der Anhörungsfrist muss die Halter\*  
12 innenhaftung ohne weitere Ermittlungen gelten, digitale Halter\* innen-Abfragen  
13 beschleunigen die Zustellung.
- 14 3.ÖPNV und Fußwege schützen: Das Bußgeld für das Blockieren von Schienenverkehrswegen  
15 und Haltestellen muss deutlich erhöht werden.
- 16